

Berufsbildung aktuell.

Magazin des Landesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Niedersachsen e.V.

„Intelligent im Sinne des Ganzen handeln.“

Prof. Götz Werner, Chef der Drogerie-Kette dm

Verantwortung und Motivation in der Bildung

Liebe Freunde,

die Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gewinnt auch in der beruflichen Bildung weiterhin an Fahrt. Überall werden neue Schulpartnerschaften geschlossen und Bildungsprojekte initiiert. Dabei kann man es nun „Corporate Social Responsibility“ (CSR) oder schlicht „verantwortliches Handeln“ nennen.

Dies Handeln hat ganz unterschiedliche Facetten. Innovative Ausbildungsprojekte sowie die Qualifizierung und Motivation der Mitarbeiter gehören ebenso dazu wie eine verantwortliche Produkt- und Bildungspolitik und eine kompetente Mitarbeiterführung, die das Wohlergehen der Gemeinschaft im Blick hat.



Was bedeutet letzteres für unsere Schulen, den Lehrkörper und die Führungsmannschaft? „Intelligent im Sinne des Ganzen handeln“, fordert Prof. Götz Werner, und spricht von einem Prozessbewusstsein, statt eines Hierarchiebewusstseins. „Also keine Orientierung am Vorgesetzten, nur weil man ihm gefallen will oder gar eine Beförderung möchte,

sondern statt von unten nach oben mehr in die Horizontale schauen“, rät er.

So ist ein jeder in seiner Verantwortung und Motivation täglich im ganzen Bildungssektor gefordert und die „Eigenverantwortliche Schule“ kann zu dem werden, was ihr Name verspricht. Hier sollten wir uns insgesamt angewöhnen, über unsere eigenen unterrichtlichen Aufgaben hinwegzuschauen, um überhaupt ein Prozessbewusstsein entwickeln zu können,

von dem eine mit mehr Eigenverantwortung ausgestattete Schule lebt. Für Lehrer, die ohnehin in der Öffentlichkeit als Einzelkämpfer stigmatisiert werden, aber dennoch Anweisungen von ganz oben gelegentlich haben möchten, nicht immer leicht. So sind Beratungs- und Unterstützungssysteme für Eigenverantwortliche Schulen unabdingbar und können – wenn die intrinsische Motivation über diesen Weg gelingen sollte – das notwendige Prozessbewusstsein für Bildungsaufgaben in seiner Ganzheit bewirken.

Auch die Behörde als unser Arbeitgeber darf sich diesem Prozessdenken im eigenen Hause nicht entziehen und muss sehen, dass sie den Motor für die vielfältigen Bildungsinitiativen in der Region nicht durch einseitige Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen, die oft auf Kosten der Lehrkräfte gehen, zum Stottern bringt.

Für den Herbst hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering eine CSR-Initiative angekündigt. Zu fragen wäre, ob unser BLBS an diesem Dialog im Zusammenspiel mit der Wirtschaft konstruktiv eingebunden werden kann, um die Lage der uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler und besonders jene unserer jungen Lehrkräfte, die heute allerhand zu schultern haben, langfristig zu verbessern. Aber unsere Berufsbildenden Schulen sollten sich in der Öffentlichkeit medienwirksamer präsentieren, damit die Bedingungen dafür geschaffen werden können, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer neben ihrem Unterrichtsalltag überhaupt die Zeit dafür finden, sich bei unseren dualen Partnern aus der Wirtschaft für die Weiterentwicklung gemeinsamer Interessen und neuer Ideen in der beruflichen Bildung einsetzen zu können.

Ihr

Heinz Ameskamp

Herausgeber: Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Landesverband Niedersachsen e.V.
Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511 - 32 40 73, Fax: 0511 - 363 22 03

e-mail: info@BLBS-Nds.de
<http://www.BLBS-Nds.de>

Mitglied des BLBS im BVN, DL, dbb



Redaktion: Friedrich Susewind, Tel.: 0163 14 81 727, St. Joost 8, 26434 Wangerland

Ingrid Rüber, Tel.: 0531 - 31 44 01, Fax 0531 - 31 44 14, Kantstraße 4, 38112 Braunschweig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verbandes wieder.

Druck: Druckerei Beneking GmbH, Göttinger Landstr. 4, 30966 Hemmingen

Berufsbildung aktuell. erscheint viermal im Jahr.

BLBS jetzt auch in der dbb-Landesleitung

Auf der Sitzung des dbb-Landeshauptvorstandes am 26. April 2007 wurde der stellv. Landesvorsitzende unseres Verbandes Lutz-M. Hempfing mit 93% Zustimmung in die dbb-Landesleitung gewählt.

Seitdem ist die dbb-Landesleitung wieder komplett. Während Lutz-M. Hempfing in unserem Verband u.a. für den Bereich Rechtsschutz zuständig ist, ist er nunmehr als neuer stellv. dbb-Landesbundvorsitzender insbesondere zuständig



Lutz-M. Hempfing
Foto privat

für die Bereiche Besoldung und Versorgung. Darüber hinaus gehört zu seinem Aufgabenbereich die Ressortzuständigkeit Finanzministerium. Dies ist von besonderer Bedeutung, da bekanntermaßen der Finanzminister in der Landesregierung neben dem Ministerpräsidenten *sehr wichtig* ist. Herzlichen Glückwunsch.

Heinz Ameskamp

Aus der Bildungspolitik

Neuorientierung der beruflichen Bildung in Niedersachsen

Allgemeine Anforderungen

Eine abgeschlossene Schulausbildung wird für eine dauerhafte Integration in das Arbeitsleben immer wichtiger. Ohne Schulabschluss ist es heute kaum mehr möglich, eine betriebliche Ausbildung mit Erfolg zu durchlaufen, wengleich an die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung keine formalen Zulassungsvoraussetzungen geknüpft sind. Gleichzeitig ist das Risiko, arbeitslos zu werden, ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung am höchsten. Tendenziell werden die Anforderungen an die Arbeitskräfte der Zukunft weiter steigen. Ursachen dafür sind insbesondere in der fortschreitenden technologischen Entwicklung, in der Globalisierung der Wirtschaft und in steigenden Kundenanforderungen zu sehen. Dabei nehmen in vielen Berufen nicht nur die Anforderungen an die fachlichen Kompetenzen, sondern auch an die sozialen Kompetenzen ständig zu. Neben den formalen Abschlüssen spielen im Berufsleben deshalb auch immer die persönlichen Fähigkeiten und Einstellungen eine ganz entscheidende Rolle.

Berufsbildungsreformgesetz

Deshalb ist, unter Beachtung der allgemeinen Anforderungen geplant, in den nächsten Jahren die berufliche Grundbildung im Land neu zu strukturieren. Diese Notwendigkeit ergibt sich u. a. auch aus den veränderten Vorgaben des novellierten Berufsbildungsgesetzes.

Das am 23. März 2005 verabschiedete Berufsbildungsreformgesetz überträgt den Ländern im Rahmen der dualen Berufsausbildung einige Kompetenzen. Niedersachsen wird die Möglichkeiten im Interesse der Jugendlichen in unterschiedlicher Ausprägung nutzen. Hierzu sind die Strukturen der berufsbildenden Bildungswege in Niedersachsen zu verändern und inhaltliche Vorgaben anzupassen.

Das Berufsbildungsreformgesetz überträgt die Anrechnung der schulischen Berufsgrundbildung auf eine anschließende duale Berufsausbildung ab dem 01.08.2009 in die freiwillige Vereinbarkeit der Vertragsparteien. Die bis zum 31.07.2006 gültige Anrechnungsverordnung des Bundes ist ausgelaufen. Ersatzweise wurde, wie nach § 7 Abs.1 BbIG vorgesehen, eine Anrechnungsverordnung des Landes Niedersachsen geschaffen. Diese läuft zum 31.07.2009 aus. Ab dem 01.08.2009 ist dann eine Anrechnung beruflicher Grundbildung nach § 7 Abs. 2 BbIG nur noch möglich, wenn der Auszubildende und der Auszubildende eine gemeinsame Willenserklärung dazu

abgeben. Aufgrund dieser Vorgaben ist der verpflichtende Besuch eines verbindlich eingeführten Berufsgrundbildungsjahres nicht mehr zu rechtfertigen.

Faktisch bedeutet die dann geltende Regelung die Aufhebung der Anrechnung. Hierdurch wird sich die „Durchlaufzeit“ einer Berufsausbildung, die auf einem einjährigen schulischen Bildungsgang mit beruflicher Grundbildung aufbaut, in der Regel um ein Jahr verlängern. Dies liegt nicht im Interesse unserer Jugendlichen und ist weder bildungspolitisch noch finanzpolitisch akzeptabel. Aus diesen Gründen muss das Niedersächsische Schulgesetz und die Verordnung über berufsbildende Schulen (BbS-VO) geändert werden.

Anrechnung beruflicher Vorbildung auf die Ausbildungszeit

Diese Möglichkeit hat Niedersachsen bereits zum Schuljahresbeginn 2005 für den maximal möglichen Zeitraum bis zum 31.07.2009 genutzt. Eine möglichst kurzfristige Neuregelung der Anrechnungsverpflichtung war erforderlich, weil durch zahlreiche Neuordnungen von Ausbildungsberufen die Anrechnungsregelungen nicht mehr mit den Ausbildungsordnungen für einzelne Ausbildungsberufe im Einklang standen.

Im Zusammenhang mit der Anhörung zur landeseigenen Anrechnungsverordnung haben einige Vertreter der Wirtschaft gefordert, die Anrechnung sofort in das Ermessen der Vertragspartner zu stellen, da vollzeitschulische Bildungsgänge zu teuer seien.

Dies ist richtig. Ein Vollzeitbildungsgang ist für das Land teurer. Ein Vollzeitschüler benötigt etwa 2 ½mal so viele Ressourcen wie ein Teilzeitschüler. Im Hinblick auf die nicht in ausreichender Zahl vorhandenen Ausbildungsplätze muss dies jedoch hingenommen werden, da schulpflichtige Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht erfüllen müssen. Daher ist das Land grundsätzlich verpflichtet entsprechende subsidiäre Angebote vorzuhalten.

Hinzu kommt, dass es unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nicht möglich ist auf anrechnungsfähige Bildungsgänge zu verzichten. Zurzeit besuchen ca. 40.000 Jugendliche anrechnungsfähige Bildungsgänge. Würde man schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Anrechnung verzichten, müssten in erheblicher Zahl zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen Bereich zur Verfügung gestellt werden, um nicht den Ausbildungsplatzmangel noch zu vergrößern. Die Situation verschärft sich ohnehin, da aufgrund der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2009 für ca. 10 -15.000 Jugendliche zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden müssen. Nach den bisherigen Prognosen entspannt sich die Situation ab dem Jahr 2010/2011 geringfügig und im Jahr 2017 wird etwa die Schülerzahl des Jahres 2005 wieder erreicht.

Die für das Land sich darstellende ungünstige Kostensituation kann nur dadurch entschärft werden, dass in erheblichem Maße mehr Ausbildungsplätze im dualen Bereich zur Verfügung gestellt werden oder erworbene Kompetenzen und Qualifikationen auf die Gesamtdauer einer Berufsausbildung angerechnet werden.

Es ist deshalb geplant durch qualitätssichernde und qualitätssteigernde Maßnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung zu erreichen, dass eine Anerkennung schullisch erworbener beruflicher Kompetenzen und Qualifikationen auf freiwilliger Basis erfolgt.

Wenn diese Qualitätssteigerung gelingt und in allen Bereichen der ausbildenden Wirtschaft dazu führt, dass die erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen in der Regel im notwendigen Umfang auf eine betriebliche Berufsausbildung angerechnet werden, so wird damit auch ein ganz wesentlicher Beitrag zur Entlastung der problematischen Ausbildungssituation gelingen. Für eine Auszubildende oder einen Auszubildenden würde ein betrieblicher Ausbildungsplatz nur für einen Zeitraum von 2 bzw. 2 ½ Jahren benötigt. Gegenüber einer 3 bzw. 3 ½jährigen Regelausbildungszeit lassen sich die betrieblichen Ausbildungskapazitäten um ca. 30% erhöhen, ohne dass hierfür zusätzliche investive Maßnahmen nötig wären.

Berufsvorbereitung und Berufseinstieg

Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden Schulen ohne oder mit schwachem Hauptschulabschluss haben im Berufsbildungssystem so gut wie keine Chancen. Schülerinnen und Schüler, die keinen allgemein bildenden Abschluss erreicht haben, soll der Erwerb des Hauptschulabschlusses und eine Verbesserung der Ausbildungsreife auf unterschiedlichen Wegen angeboten werden.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen kann dies geschehen ...

■ im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) – wie bisher

Das Berufsvorbereitungsjahr soll von Schülerinnen und Schülern besucht werden, die ...

- keinen Abschluss an einer allgemein bildenden Schule erreicht haben, weil sie nicht aus der Abschlussklasse entlassen wurden, oder
- aus der Förderschule abgehen, und
- aufgrund ihrer Lebensumstände eine besondere pädagogische und soziale Betreuung benötigen.

Das BVJ vermittelt fachpraktische und fachtheoretische Grundqualifikationen, schafft Einblicke in verschiedene Berufsfelder (z.B. Metall, Holz, Ernährung, Farb- und Raumgestaltung) und hilft, schulische Lücken zu schließen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben Gelegenheit, sich über ihre beruflichen Möglichkeiten zu informieren, sich zu testen, ihre individuellen Fähigkeiten und Interessen zu entdecken und zu vertiefen. Durch abgestufte Anforderungen und eine differenzierte Förderung sollen individuelle berufliche Perspektiven eröffnet und der Einstieg in eine Berufsausbildung oder in eine Beschäftigung erleichtert werden. Ein Ziel des Berufsvorbereitungsjahres wird auch die Vermittlung des Hauptschulabschlusses sein.

■ in der Berufseinstiegsklasse (BEK) - neu

In die Berufseinstiegsklasse sollen alle Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden,

- die eine Abschlussklasse des Sekundarbereichs I einer allgemein bildenden Schule ohne
- oder
- mit schwachem Hauptschulabschluss verlassen.

Ein wichtiges Ziel dieses Bildungsganges ist es, Schülerinnen und Schülern unter Berücksichtigung eines beruflichen Ansatzes den fehlenden Hauptschulabschluss zu vermitteln.

Es sollten vorrangig die Basiskompetenzen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen sowie soziale Kompetenzen gestärkt werden, um hierdurch die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu sichern. Darüber hinaus sollte die Schulform die Orientierung auf einen bestimmten Beruf bzw. ein Berufsfeld ermöglichen. Diese Orientierung ist ggf. durch betriebliche Praxiszeiten zu unterstützen.

Die Berufseinstiegsklasse wird seit Schuljahresbeginn im Rahmen eines Schulversuchs sowohl in Bezug auf die Zielsetzung wie auch auf die inhaltliche Gestaltung erprobt, um vor einer landesweit geplanten Einführung gesicherte Erkenntnisse über deren Effizienz zu erhalten.

Berufliche Grundbildung – Ausbildung in Berufsfachschulen

Die bisherigen Überlegungen gehen davon aus, dass Absolventinnen und Absolventen, die über einen allgemein bildenden

Abschluss verfügen können, sofern sie nicht direkt in eine duale Ausbildung eintreten können, eine berufliche Grundbildung in Berufsfachschulen erhalten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Gesamtausbildungszeit bis zum Abschluss einer Berufsausbildung möglichst nicht verlängert. Hierzu ist es notwendig, eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, die eine entsprechende Betriebsnähe zu der betrieblichen Ausbildung in der Wirtschaft sicherstellt. Wie in anderen Bundesländern auch, wird deshalb mindestens der Hauptschulabschluss als Eingangsvoraussetzung für die Berufsfachschule vorausgesetzt. Berufsfachschulen und Berufsgrundbildungsjahre, die in Niedersachsen bisher keinen schulischen Abschluss voraussetzten, werden aufgehoben. Berufsfachschulen können inhaltlich zielgerichteter auf einzelne Berufe oder Berufsgruppen ausgerichtet werden und dadurch den unterschiedlichen Anforderungen - besser als ein Berufsgrundbildungsjahr - gerecht werden. Der Differenzierungsgrad dieser Berufsfachschulen, Ziele und Inhalte sowie die praktischen Anteile und betrieblichen Praktika sollen so gestaltet werden, dass auf freiwilliger Basis eine Anerkennung der erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen im Rahmen eines betrieblichen Ausbildungsverhältnisses erfolgt.

Einjährige Berufsfachschulen, die den Hauptschulabschluss voraussetzen

Die bisherigen Überlegungen für den künftigen Rahmen der Einjährigen Berufsfachschule werden ...

- o berufsbezogene Schwerpunktbildungen innerhalb der jeweiligen Fachrichtungen entsprechend den regionalen Bedürfnissen der Wirtschaft zulassen;
- o theoretische und praktische Anforderungen vorsehen, die sich inhaltlich an den Rahmenlehrplänen bzw. an den Ausbildungsrahmenplänen des 1. Ausbildungsjahres orientieren;
- o betriebliche Praxiszeiten, in die ggf. überbetriebliche Ausbildungsstätten eingebunden werden können, vorschreiben und
- o eine Überprüfung der berufstheoretischen und berufspraktischen Leistungen am Ende des Schuljahres zulassen.

Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Einjährigen Berufsfachschulen passgenau auf die Anforderungen in den zugehörigen Ausbildungsberufen ausbilden und die Ausbildungsinhalte des ersten Ausbildungsjahres sicher vermittelt werden. Der erfolgreiche Abschluss der Einjährigen Berufsfachschulen ermöglicht in das zweite Jahr einer dualen Ausbildung oder einer dual-kooperativen Ausbildung einzutreten oder, falls kein entsprechender Ausbildungsplatz zur Verfügung steht, bei mindestens befriedigenden Leistungen in die Klasse 2 der Berufsfachschule zum Erwerb des Sekundarabschlusses I - Realschulabschluss - einzutreten.

Klasse 2 der Berufsfachschule zum Erwerb des Sekundarabschlusses I - Realschulabschluss

Die Klasse 2 der Berufsfachschule für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen wird als Aufbauform der Einjährigen Berufsfachschule, die den Hauptschulabschluss voraussetzt, geführt.

Aufgenommen werden kann, wer die Klasse 1 der Einjährigen

Berufsfachschule erfolgreich besucht hat und darüber hinaus mindestens durchschnittlich befriedigende Leistungen nachgewiesen hat.

Bei einem erfolgreichen Abschluss der Klasse 2 wird der Sekundarabschluss I - Realschulabschluss oder der Erweiterte Sekundarabschluss I (nach den zurzeit geltenden Regelungen) erworben. Der erfolgreiche Abschluss ermöglicht die Ausbildung in weiterführenden beruflichen Bildungsgängen (Fachgymnasium, Fachoberschule, Berufsfachschulen (berufl. Abschluss)) fortzusetzen.

Einjährige Berufsfachschulen, die den Sekundarabschluss I - Realschulabschluss voraussetzen

Für Ausbildungsberufe mit erhöhten inhaltlichen Anforderungen können auch Einjährige Berufsfachschulen für Realschulabsolventinnen und -absolventen eingerichtet werden. Die Rahmenbedingungen entsprechen weitgehend den Bedingungen der Einjährigen Berufsfachschule für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen. Bei entsprechenden Leistungen kann darüberhinaus in dieser Schulform der Erweiterte Sekundarabschluss I erreicht werden.

Für alle erfolgreichen Absolventen der vorgenannten Berufsfachschulen gilt:

Bei einer Fortsetzung der Ausbildung in weiterführenden Bildungsgängen der berufsbildenden Schule, wird der erfolgreiche Abschluss der einjährigen Berufsfachschulen, ggf. unter Berücksichtigung noch zu erbringender Nachweise (Praktikumszeiten etc.), angerechnet.

Hierzu werden die bestehenden Regelungen für diese weiterführenden Schulformen angepasst.

Ausbildungen, die zu einem beruflichen Abschluss führen

Wenn in bestimmten Regionen oder Berufsbereichen signifikante Missverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auftreten und dadurch erfolgreiche Schülerinnen und Schüler der Einjährigen Berufsfachschule ihre begonnene Ausbildung nicht fortsetzen können, gebietet es die soziale Verantwortung gegenüber der jungen Generation, staatliche Angebote zur Berufsausbildung als subsidiäre Maßnahmen vorzuhalten.

Nach § 42 Abs. 3 BBiG kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen, welche vollzeitschulischen Bildungsgänge zu einer Kammerprüfung zugelassen werden müssen. Eine derartige Rechtsverordnung ist in ihren Auswirkungen auf die verschiedenen Ausbildungsbereiche der Wirtschaft kaum kalkulierbar.

Aus diesen Gründen werden zurzeit Modelle diskutiert, die es zulassen eine Ausbildung in schulischer Verantwortung durchzuführen und mit einer Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle abzuschließen. Die Zulassung zur Abschlussprüfung soll nach dem aktuellen Stand der Überlegungen durch eine Vereinbarung mit der jeweiligen zuständigen Kammer sichergestellt werden. Hierdurch ist gewährleistet, dass die Absolventen staatlicher Bildungsgänge unter den Bedingungen des § 42 Abs. 3 ihre Ausbildung mit einer Kammerprüfung abschließen können. Regionale Vereinbarungen haben gegenüber landesweit gültigen Rechtsverordnungen den Vorteil, dass

man die regionalen Bedürfnisse, Bedingungen und Auswirkungen zielgenauer berücksichtigen kann.

Darüber hinaus ist geplant, alle Berufsfachschulen, die zu einem beruflichen Abschluss nach Landesrecht qualifizieren (Assistentenberufe), durch Anpassung der theoretischen Inhalte an den Rahmenlehrplan der entsprechenden Ausbildungsberufe und Erweiterung der Praxisanteile so zu gestalten, dass eine Kammerprüfung unter den o. a. Bedingungen möglich wird.

Sollten allerdings solche Vereinbarungen im Interesse der Jugendlichen nicht getroffen werden ist beabsichtigt, eine gesetzliche Regelung durch eine entsprechende Rechtsverordnung zu treffen.

Schlussbemerkung

Das grundsätzliche Ziel Niedersächsischer Berufsbildungspolitik ist es, durch die berufliche Aus- und Weiterbildung eine dauerhafte Beschäftigung aller sicher zu stellen. Eine am Beschäftigungssystem orientierte Berufsausbildung muss durch die Vermittlung beruflicher Handlungsfähigkeit die Voraussetzungen für Mobilität im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Ebenso ist die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Weiter-

lernen zu fördern. Dabei gilt es, gleichermaßen Jugendlichen mit schlechten Startchancen als auch mit besonderen theoretischen wie praktischen Begabungen gerecht werden zu können. Aus diesen Gründen ist geplant, das neue System sektoral und regional flexibel und bedarfsorientiert zu konstruieren. Es ist ein Angebot an die Jugendlichen im Land durch zu erwerbende Kompetenzen und Qualifikationen im Rahmen der beruflichen Bildung die eigene Zukunft auf einer sicheren Basis aufzubauen. Es ist aber auch ein Angebot an die Niedersächsische Wirtschaft zur ausreichenden Versorgung mit qualifizierten Jugendlichen. Deshalb gilt im Rahmen der hier vorgestellten Überlegungen zur Neuausrichtung der beruflichen Bildung: Berufsfachschulen oder Substitutionswege zur klassischen dualen Berufsausbildung sollen nur dort angeboten werden, wo dies erforderlich und erfolgsorientiert notwendig ist. Eine Berufsfachschule, die in der Wirtschaft überwiegend nicht angerechnet wird bzw. deren Absolventinnen und Absolventen vom Arbeitsmarkt nur ungenügend aufgenommen werden, muss aufgegeben bzw. umstrukturiert werden. Gleiches gilt für dual-kooperative Bildungsgänge, die zu einer Kammerprüfung führen.

MD Gerd Lange, Abteilungsleiter Berufliche Bildung
im Niedersächsischen Kultusministerium

Hauptpersonalrat will Übertragung dienstrechtlicher Aufgaben verhindern

(rb) Hannover. Das Verwaltungsgericht Hannover hat dem Kultusministerium jetzt aufgegeben, die Beteiligungsrechte der an Berufsschulen zuständigen Personalräte zu beachten. Der beim Kultusministerium für den Schulbereich zuständige Hauptpersonalratsvorsitzende Udo Liu und sein für den Verwaltungsbereich zuständiger Amtskollege Matthias Paulo hatten mit Unterstützung der GEW in getrennten Verfahren zwei Anträge gestellt mit dem Ziel, die seit dem Frühjahr 2006 mögliche Übertragung dienstrechtlicher Befugnisse an die Leitungen von Berufsschulen anzufechten.

Die Personalvertreter machten vor Gericht geltend, dass das nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz vorgesehene Beteiligungsrecht, die so genannte Benehmensherstellung, in diesem Fall nicht beachtet worden sei. Das sieht das Kultusministerium anders. Mit dem Schulhauptpersonalrat sei sehr wohl ein Benehmen also die Information über die anstehenden Umstrukturierungen - hergestellt worden.

Im übrigen wird hier die Auffassung vertreten, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes keine Konsequenzen haben wird. Der entsprechende Erlass werde damit weder außer Kraft gesetzt noch ein erneutes Beteiligungsverfahren notwendig, meinte ein Ministeriumssprecher auf Anfrage. Gleichwohl will das Kultusministerium das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg mit der Überprüfung der Verwaltungsgerichtsentscheidung betrauen. Hintergrund der gerichtlichen Auseinandersetzung ist die fortschreitende Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule in Niedersachsen: Spätestens im kommenden Jahr können alle größeren Schulen im Land dienst-

rechtliche Befugnisse übertragen werden, die bisher bei den vier Abteilungen der Landesschulbehörde angesiedelt sind. Darunter fallen Einstellungen von Beamten, Abschlüsse von Arbeitsverträgen sowie Abordnungen, Versetzungen, Beförderungen etc. Während die Übertragung dieser Aufgaben an die berufsbildenden Schulen bereits seit Frühjahr vergangenen Jahres möglich ist, wird dies für die allgemeinbildenden Schulen erst ab 1. August 2008 gelten.

Der Schulhauptpersonalrat und die GEW stehen der Maßnahme insgesamt skeptisch gegenüber. Die Personalvertreter im Kultusministerium glauben nicht nur, dass die Schulleitungen durch die Übertragung komplizierter arbeits- und beamtenrechtlicher Aufgaben „überfordert“ sind, sondern befürchten auch einen „rigiden Personalabbau“ in der Landesschulbehörde.

Rundblick Nr. 119, 27. Juli 2007

Eigenverantwortliche Schule

Schulleiterdienstbesprechung auf Landesebene



Schulleiterdienstbesprechung: Der Weg ist das Ziel. Nichts darf auf der Strecke bleiben. Foto: privat

Hannover (fsu) Auf Initiative des niedersächsischen Kultusministeriums fand jetzt eine Schulleiterdienstbesprechung mit Kultusminister Bernd Busemann sowie Vertretern seines Hauses statt. Dabei betonte Busemann die durchweg positiven Rückmeldungen der Eigenverantwortlichen Schulen im Blick auf die ihnen nunmehr übertragenen dienstrechtlichen Befugnisse. Dabei könne die Funktion des Schulleiters zu einem eigenen Berufsbild werden, verbunden mit einer neuen Arbeitszeitverordnung.

Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie auch das Ergebnisprotokoll lesen Sie unter www.blbs-nds.de

Arbeitszimmer und Arbeitsmittel

Bevor wir in der nächsten Ausgabe ausführlicher auf das Thema Arbeitszimmer eingehen werden, hier der Hinweis, dass in den Mitteilungen von Landesregierung und kommunalen Schulträgern das für Lehrer Entscheidende nicht deutlich gemacht wird:

Lehrer unterliegen keinen rechtlichen Verpflichtungen, dem Dienstherrn für die Wahrnehmung von Dienstaufgaben außerhalb des Unterrichts eigene private Räumlichkeiten unter Einsatz privater Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Lehrer haben zwar *keine Pflicht*, jedoch das *Recht*, für die Wahrnehmung von Dienstaufgaben außerhalb des Unterrichts die Schule mit ihren Einrichtungen in Anspruch zu nehmen.

Es besteht keine Rechtsverpflichtung für Lehrer zur Erledigung dienstlicher Arbeiten auf private Kosten Arbeitsmittel zu beschaffen und zu nutzen (wie z. B. Büromaterial, Unterrichtsmaterialien, Schulbücher, PC, Drucker, Einsatz des privaten Telefons usw.). Das für diese dienstlichen Zwecke Benötigte ist vom Schulträger kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Die dargestellte Rechtslage und die sich daraus ergebenden Folgen für den Schulbetrieb sind auch dann nicht anders zu beurteilen, wenn sich Lehrer in der Praxis der Vergangenheit aus freier Entscheidung anders verhalten und damit auch dienstlich veranlasste Kosten aus privaten Finanzmitteln bestritten haben.

Lutz-M. Hempfing

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

während die seit Jahrzehnten angestrebte Anrechnung von berufsschulischen Leistungen auf die Lehrabschlussprüfung derzeit auf Eis gelegt zu sein scheint, geht es auf einem anderen Sektor für die Berufsschulen mächtig voran. Lesen Sie dazu das folgende Interview:

Nordrhein- Westfalen

Fachhochschulen rechnen Leistungen aus der Ausbildungszeit an

Hochsauerlandkreis (fsu) „Der Weg über die Berufsschulen ins Studium wird einfacher“, lobt Professor Dr. Jürgen Bechtloff, Dekan für Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften an der FH Südwestfalen in Meschede. Denn mit Inkrafttreten des neuen Hochschulfreiheitsgesetzes können seit Jahresbeginn auch „außerhochschulisch erworbene Leistungen“ auf das Studium angerechnet werden.



Professor Dr. Jürgen Bechtloff engagiert sich für die Anrechnung „außerhochschulisch erworbener Leistungen“

Foto Susewind

Mit Jürgen Bechtloff sprach Friedrich Susewind

Herr Professor Dr. Bechtloff, mit den fünf Berufskollegs im Hochsauerland engagieren Sie sich in einer der ersten Regionen mit einem entsprechenden Pilotprojekt.

Welche gesetzlichen Vorgaben haben Sie?

Mit dem § 63, Prüfungen, Abschnitt 2, Satz 3 „Auf Antrag kann die Hochschule sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf einen Studiengang anrechnen“ können Leistungen, die insbesondere im Beruf und in der beruflichen Aus- und Fortbildung gezeigt worden sind, anrechnungsrechtlich relevant werden. Das zwingende Erfordernis einer besonderen Qualifizierung der Kenntnisse und Qualifikationen (wie etwa gleichwertig, einschlägig, studiengangbezogen etc.) sieht das Gesetz dabei nicht vor.

Wie begannen Sie?

Auf der Basis der Vorgaben sind für die in Meschede angebotenen grundständigen Präsenz-Bachelor-Studiengänge „Wirtschaft“, „International Management with Engineering (IME)“, „Wirtschaftsingenieurwesen“, „Maschinenbau“ und „Informations- u. Kommunikationstechnik (IKT)“ bilaterale Gespräche mit den Lehrenden der Hochschule und den Lehrenden der Berufskollegs des Hochsauerlandkreises durchgeführt worden. Bei diesen Gesprächen waren über 100 Personen auf Seiten der Hochschule und der Berufskollegs beteiligt. Die Arbeit wurde erheblich erleichtert durch den sehr engagierten Schulträger, den Hochsauerlandkreis.

Und das Ergebnis?

Bei der Begutachtung von außerschulisch erworbenen Leistungen wurde untersucht, in wieweit die Lehrinhalte in den einzelnen Fächern an den Berufskollegs mit den Lehrinhalten der Hochschulmodule übereinstimmen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In jedem der Mescheder Studiengänge kann mindestens ein Fach (Modul) anerkannt werden.

Wie gestaltet sich die Anrechnung in der Praxis?

Ob eine Anrechnung erfolgt, entscheidet die Hochschule nach pflichtgemäßem Ermessen auf der Grundlage der von der Antragstellerin oder vom Antragsteller vorzulegenden Unterlagen, mithin nach Aktenlage und nicht durch Examination der Antragstellerin oder des Antragstellers. Zudem limitiert die Regelung das durch Anrechnung ersetzbare Studienvolumen gesetzlich nicht. Die Anrechnung ist indes auf förmliche, durch Prüfungsordnungen geregelte Studiengänge beschränkt.

Bräuchten Studenten, die von dem Anrechnungsverfahren Gebrauch machen wollen, nicht zusätzlich noch Lern-Coachings, um auch mit der eigenverantwortlichen Lernsituation an einer Hochschule klarkommen zu können?

Selbstverständlich. Deshalb fordern wir diese Studierenden ganz besonders auf, sich bei einer eigens dafür eingerichteten Beratungsstelle im Fachbereich Beratung einzuholen. Das Lern-Coaching und die Studierendenberatung sind als festes Programm eingerichtet. Diese über Studienbeiträge finanzierte Stelle wurde übrigens auf ausdrücklichen Wunsch der Studierenden hier eingerichtet und ist in keiner Weise mit dem Lehrbetrieb verknüpft.

Die von Ihnen mit Verve betriebene Verzahnung von Berufsausbildung und Studium bietet gute Chancen, die Attraktivität eines Bildungsstandortes weiter zu steigern. Ist mit einer Ausweitung des Anerkennungsverfahrens zu rechnen?

Eine Ausweitung des Anerkennungsverfahrens erscheint dann möglich, wenn weitere Lehrinhalte an den Berufskollegs auf das Hochschulniveau angehoben werden. Hierzu sind erste Schritte zwischen Hochschule und den Berufskollegs bereits diskutiert worden.

Herr Dr. Bechtloff, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Deutscher Beamtenbund (dbb) appelliert an die Kultusminister der Länder, die Lehrerbeltung ernster zu nehmen

Hannover (dbb) Der dbb hat die Kultusminister aufgefordert, die Klagen über die wachsende Arbeitsbelastung der Lehrer in Deutschland ernster zu nehmen. «Probleme mit gewaltbereiten Jugendlichen, Alkohol und Drogen in der Schule, Lernschwächen und soziale Probleme sowie eine Flut von Verwaltungsaufgaben» kennzeichneten heute immer mehr den Berufsalltag der Pädagogen, sagte Bundesvorsitzender Peter Heesen am 14. Juni 2007 im Gespräch mit der Deutschen Presseagentur dpa. «Wir erwarten von den Kultusministern dringend mehr Prävention gegen Überlastung und Selbstausbeutung im Lehrerberuf.»

Auf ihrem Treffen in Berlin am selben Tag sprechen die Kultusminister auch mit den dbb Lehrgewerkschaften über die Arbeitssituation der Pädagogen und über Verbesserungen in der Lehrerbildung. Am 15. Juni wird vor der Kultusministerkonferenz der Potsdamer Psychologieprofessor Uwe Schaaerschmidt eine im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion erarbeitete Studie zur Lehrerbeltung vorstellen. «Die Studie belegt, dass jeder zweite Lehrer in Deutschland überlastet ist und fast jeder dritte Anzeichen von Selbstüberforderung und Resignation zeigt», sagte Heesen. Der dbb wolle sich «nicht mehr damit begnügen, die prekäre Arbeitssituation nur anzuprangern». Man habe deshalb den Kultusministern ein «um-

fassendes Präventionspaket auf den Tisch gelegt». Heesen: «Wir erwarten, dass damit auch gearbeitet wird.» Die Lehrerbildung müsse entschieden reformiert werden.

Heesen verwies darauf, dass der dbb auf der Basis der SchaaerschmidtStudie für die betroffenen Kollegen im Internet einen interaktiven «LehrerCheck» eingerichtet hat, mit dem sie ihre eigene Belastungssituation analysieren könnten. «Auch Studienanfänger, die sich für den Lehrerberuf interessieren, können auf dieser Homepage ihre Eignung für diesen stressigen, aber schönen Beruf testen.»

Aus der Verbandspolitik

Ministerbesuch des BVN

Hannover (fsu) Zum Gedankenaustausch über die mit der neuen Schulverwaltungsreform verbundenen Veränderungen in den berufsbildenden Schulen hatten die drei Vorsitzenden der im BVN zusammengeschlossenen Teilverbände BLBS, VLWN und VLAEH jetzt Kultusminister Bernd Busemann eingeladen.

Lesen Sie dazu die folgende Protokollnotiz:



Von links: Ludwig Most, VLAEH, Heinz Ameskamp, BLBS, Minister Bernd Busemann und Jürgen Brehmeier, VLWN

Foto: privat

Thema Schulverwaltungsreform

Die Abteilungen der Schulaufsicht an den 4 Standorten werden als Außenstellen der Landesschulbehörde erhalten bleiben.

Der Stellenabbau für die Schulaufsicht wird nicht weiter vorangetrieben.

Die Übertragung der dienstrechtlichen Befugnisse wird auf weitere große Schuleinheiten des allgemeinbildenden Schulwesens übertragen.

Othmer: Die Übertragung der Budgetierung soll zunächst im Schulversuch ProReKo analysiert werden, bevor eine Übertragung an die Schulen erfolgen kann. Die verschiedenen

Schulverfassungen sind dabei besonders zu prüfen. Das Ergebnis wird dann den Minister zur Entscheidung vorgelegt. Die anderen BBSn sollen dann die Möglichkeit erhalten den ProReKo's zu folgen. Eine Schulgesetzänderung ist momentan noch nicht angedacht.

Schulleitungszeit

Die Änderung der Schulleiter-/Teamzeit soll in 3 Schritten erfolgen

1. Es werden 30 VzL-Stellen hineingegeben (Wert ca. 1,3 Mill. Euro). Derzeit wird geprüft, ob auch eine Kapitalisierung der Anrechnungsstunden möglich ist.
2. Neue Arbeitszeitverordnung für Schulleitung (Leitungszeit sind das Kernelement, Unterrichtstunden werden zugeschlagen) – Umdenken erforderlich, da der SL in erster Linie Leiter der Schule ist und demzufolge Arbeitszeiten einer Verwaltungsperson bekommt.
3. Restkorrekturen bzw. Nachbesserungen werden vorgenommen.

Die Umwandlung der BGJ's in Berufsfachschulen soll vor der Wahl nicht mehr umgesetzt werden. Auch wenn allgemein eine Zustimmung zu verzeichnen ist, gibt es aber auch noch Klärungsbedarf. Insbesondere die dualkooperative Ausbildung stößt auf Widerstand. Die Umsetzung soll 2008 realisiert werden. Die Einführung von BEK's erweisen sich als erfolgreich. Weitere Einführungen sind im Rahmen des Schulversuchs möglich.

Eigenverantwortliche Schule

Bezüglich der Wahlordnung und der Geschäftsordnung wird es in eine der nächsten SV-Blätter noch Empfehlungen geben – jedoch keine Vorgaben. In Juni Ausgabe vorhanden.

J. Brehmeier

BLBS

Werden Sie Mitglied.

Aus dem Landesvorstand

Zusammenarbeit

des Zentrums für Didaktik der Technik (ZDT) der Leibniz Universität Hannover

mit dem BLBS

zur Verbesserung der Unterrichtsqualität an Berufsbildenden Schulen

Zu Veranstaltungen des Zentrums für Didaktik der Technik (ZDT) der Leibniz Universität Hannover wird regelmäßig auch der BLBS eingeladen. Im Rahmen der Präsentation der Fachdidaktischen Projekte II der Studierenden der Fachbereiche Metall- und Elektrotechnik fand ein interessanter Austausch zwischen den Studierenden, den Vertretern der betreuenden Schulen und Firmen sowie den Dozenten statt.

Diese Präsentation gehört zur gleichnamigen Lehrveranstaltung Fachdidaktisches Projekt II. Die Studierenden hatten die Aufgabe ein berufspraktisches Lehr-/Lernarrangement im Umfang von zehn bis fünfzehn Unterrichtsstunden zu entwickeln, durchzuführen und zu evaluieren. Dabei wurde eine Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen, aber auch mit Firmen z.B. Komatsu Deutschland GmbH angestrebt.

Die Dozenten Herr Akademischer Rat Andreas Weiner und Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Müller moderieren jeweils am Anfang eines neuen Jahres eine ganztägige Veranstaltung, bei der allen Beteiligten ein Überblick über die erfolgreichen Projektarbeiten der Studierenden vermittelt wird. In diesem Jahr fanden die Präsentationen erstmalig am Energie- und Umweltzentrum (EUZ) in Springe-Eldagsen statt. In dieser neuen Atmosphäre entwickelten sich angeregte Diskussionen.

Die Studierenden haben bereits ein erstes erfolgreiches fachdidaktisches Projekt absolviert und als LbS-StudentIn die Zwischenprüfung mit einer Studienarbeit im Fach Didaktik des Maschinenbaus abgeschlossen. Diese Studierenden befinden sich somit im 5. Fachsemester. Studierende im Studiengang Master of Science Technical Education der Fachrichtung Angewandte Informatik, Elektrotechnik oder Metalltechnik sind im 3. Fachsemester.

In diesem Jahr wurden wieder viele interessante Lehr-/Lernarrangements vorgestellt: Von dem Entwurf einer Rolltorsteuerung mit der LOGO!-Steuerung, der Herstellung eines „Ventilknechts“ für den Kfz-Bereich, der Bearbeitung eines Kundenauftrags zu einem defekten Fensterheber, über die Steuerung eines Förderbandes bis zum Reparaturauftrag eines defekten Durchgangsprüfers, um nur einige Projekte zu nennen. Wer Genaueres über die Lehrveranstaltung und die einzelnen Projekte, auch der letzten Jahre, wissen will, kann sich unter http://www.zdt.uni-hannover.de/index.php/Fachdidaktisches_Projekt_II informieren.

In den Aufgabenbereich des stellv. Landesvorsitzenden Jürgen Korte fällt die Studentenbetreuung, so durfte er an dem kurz-

weiligen Seminar teilnehmen. Im Gespräch mit Herrn Weiner war man sich schnell einig, dass die vorgestellten Lehr-/Lernarrangements auf einem hohen Niveau dargeboten wurden. Daher können diese Arbeiten direkt in die Lehrpläne der Kollegien übernommen werden. Von dieser Form der Lehrver-

anstaltungen an der Universität können somit alle Beteiligten profitieren. Außerdem werden die Kolleginnen und Kollegen durch die Zusammenarbeit mit den Studierenden und durch viele neue Ideen, Impulse und aktuelle didaktische Entwicklungen bereichert. Der BLBS unterstützt diese Arbeiten ebenfalls und wird auf seiner Homepage einen Link einrichten, um sich direkt informieren bzw. die Projekte herunterladen zu können.

Hierzu bietet Herr Weiner den Berufsschulen ein Coaching-Konzept an: „Entwicklung der Unterrichtsqualität in berufsbildenden Schulen“.



Studierende der Leibniz Universität Hannover bei der Ausarbeitung der Lehr-/Lernarrangements im Rahmen des Fachdidaktischen Projekts II
Foto: privat

„Im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen können Lehrerteams dabei unterstützt werden, berufspraktische Lehr-/Lernarrangements zu entwickeln, zu erproben und zu evaluieren. Die Fortbildungsmaßnahme beinhaltet die Vorstellung ausgeführter Beispiele sowie eine Coaching-Phase, in der die Lehrer-Teams bei der Gestaltung, Erprobung und Evaluation angeleitet und unterstützt werden“, so Weiner in seine Ausführungen. Herr Weiner bietet im Vorfeld auch Informationsveranstaltungen an, die mit ihm individuell organisiert werden können. Hierzu fanden bereits 2 Veranstaltungen in Hannover und Lingen statt.

Herr Weiner kann auf diesem Gebiet mit umfangreichen Erfahrungen in der Praxis in Zusammenarbeit mit unzähligen Berufsschulen aufwarten. Dabei hat er überdies internationale Referenzen zu bieten. Die Kontaktadresse von Herrn Weiner finden sie auf oben genannter Webseite. „Der BLBS unterstützt auch weiterhin diese Tätigkeit und weist empfehlend auf das Angebot von Herrn Weiner hin. Diese Hilfe sei sicherlich für alle Berufsschulen hoch interessant, denn gerade die Verbesserung der Unterrichtsqualität solle oberste Prioritätsmaßnahme der Schulen sein“, erläuterte Korte.

Unterschriftenaktion des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen – Ortsverband Papenburg

Eine Liste mit den Unterschriften von 158 Berufsschullehrkräften der berufsbildenden Schulen in Papenburg überbrachten jetzt Vertreter des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen – Ortsverband Papenburg- (siehe Bild) dem Niedersächsischen Kultusminister Bernd Busemann. Durch ihre Unterschriftenaktion wollten sie darauf aufmerksam machen, dass die Nichtabsetzbarkeit des Arbeitszimmers eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern darstellt.

Einig waren sich die Lehrervertreter und der Kultusminister in dem Gespräch darüber, dass die Lehrerinnen und Lehrer wie die Beamtenschaft und der öffentliche Dienst insgesamt in den vergangenen Jahren eine Reihe einschneidender Maßnahmen hinnehmen mussten. So wurden zum Beispiel das Weihnachts- und das Urlaubsgeld gestrichen. Auch bei der Krankenversicherungsbeihilfe waren Kürzungen hinzunehmen. Hinzu kamen der Wegfall der Pendlerpauschale sowie mehrjährige „Nullrunden“ bei den Bezügen. Zwar begrüßten die Lehrkräfte die vom Kultusminister mit der Zielrichtung „Verbesserung der Unterrichtsqualität“ in Gang gesetzten Reformschritte grundsätzlich, von vielen Lehrerinnen und Lehrern werde es aber auch als belastend empfunden, wenn sie sich neben dem Kerngeschäft des Unterrichts zunehmend auch mit anderen Tätigkeiten zu beschäftigen hätten.



Gespräch zwischen dem Kultusminister Bernd Busemann (2. von links) und Vertretern des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen-Ortsverband Papenburg (von links: Hermann Röwer, Sabine Keilen, Jürgen Brehmeier).

Foto: privat

schon technischen Wandel der Industrie und in der Gesellschaft einstellen mussten. „Ich weiß, dass den Lehrerinnen und Lehrern in den letzten Jahren vieles zugemutet worden ist. Aber die Phase der grundlegenden Reformschritte hin zur Eigenverantwortlichen Schule ist jetzt weitgehend abgeschlossen. Jetzt können die Schulen diesen Rahmen nutzen und das

weitere Tempo der Umsetzung selbst bestimmen“, sagte Busemann. Er habe einen Vorschlag zur Entlastung der Schulleitungen vorgelegt, so dass Mehrbelastungen durch Anrechnungstunden gemildert werden könnten. „Die konsequente Sparpolitik der Landesregierung trägt bereits erste Früchte. Die Haushaltslage des Landes hat sich verbessert. Ich hoffe deshalb, dass sich die von der Landesregierung beschlossene Sonderzahlung für Beamte im Dezember 2007 und die für Januar 2008 beschlossene Erhöhung der Bezüge um 3 % verstetigen lassen“, machte Busemann deutlich.

Busemann lobte die Innovationsfreudigkeit und die Flexibilität vor allem der berufsbildenden Schulen, die viele Neuerungen zwar kritisch, aber unkompliziert im Schulalltag realisiert hätten. Dies sei sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass berufsbildende Schulen sich schon immer auf den ra-

Hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers hätten die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag gemeinsam mit der SPD-Opposition bereits am 05. März 2007 die Bundesregierung aufgefordert, die Streichung noch einmal zu überprüfen.

Bezirksverbandstag über Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der beruflichen Bildung in Niedersachsen

Bezirksverbandstag des BLBS in Haselünne – Abschaffung der Anrechnungsverordnung für berufliche Grundbildung als Diskussionsthema

Haselünne. Über 40 Delegierte des Bezirks Osnabrück- Emsland - Grafschaft Bentheim des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (BLBS) trafen sich zum diesjährigen Bezirksverbandstag in Haselünne. Neben einem Rückblick auf schulpolitische Veränderungen und Aktionen des BLBS im vergangenen Jahr stand vor allem eine Diskussion über Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der beruflichen Bildung in Niedersachsen mit Ministerialrat Gerd Lange aus dem Niedersächsischen Kultusministerium

(Referat 4: Berufliche Bildung) im Vordergrund.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Bezirksvorsitzender Andreas Pohl auf Aktionen des Bezirksverbandes und des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen (BVN) sowie auf schulpolitische Veränderungen im vergangenen Jahr hin. Im Hinblick auf die Veränderungen im Niedersächsischen Schulgesetz und die damit verbundenen erheblich erweiterten Entscheidungsbefugnisse der Schulen wurden u.a. Informationsveranstaltungen zum Thema „Mitarbeiter-Vorgesetzten-Ge-

sprach“ durchgeführt. Dass der Verband sehr um ein bedarfsgerechtes Fortbildungsangebot und die Belange seiner Mitglieder bemüht ist, stellte u.a. der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Korte unter Beweis, der Fortbildungen zu den Themen „FluidSIM“, „Grafcet“ und „Entwicklung von Unterrichtsqualität in berufsbildenden Schulen“ organisierte. Des Weiteren wurden Berufseinsteigerseminare organisiert, um neuen Kolleginnen und Kollegen eine Hilfestellung zu bieten. Als Pensionärsbetreuer löste Frank Bierbaum (BBS Lingen, gew. FR) Bernd Terhorst (BBS Papenburg, gew. und kfm. FR) ab, der sein Amt aufgrund seiner Tätigkeit im Landesvorstand zur Verfügung stellte. Der Bezirksvorsitzende Pohl dankte Terhorst für sein achtjähriges Engagement für die Pensionäre. Als positiv hob Pohl weiterhin die Schaffung von 83 A11-Stellen für Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis hervor. Überschattet werde diese Entwicklung allerdings von der Streichung der Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers für Lehrkräfte sowie von der Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes.



Foto (von rechts): Ministerialrat Gerd Lange, BLBS-Bezirksvorsitzender Andreas Pohl, BLBS-Landesvorsitzender Heinz Ameskamp Foto: privat

In der Nachmittagsveranstaltung informierte MR Gerd Lange die mehr als 60 Verbandsmitglieder über aktuelle Vorhaben und Veränderungen der Landesregierung vor dem Hintergrund, dass mit dem Berufsbildungsgesetz 2005 die Anrechnungsverordnung für die berufliche Grundbildung außer Kraft gesetzt wurde. Die Anrechnungsverordnung gelte übergangsweise noch bis zum 31.07.2009. In Absprache mit den Firmen, Kammern und Innungen sollen für das BCJ Berufsfachschulen eingerichtet werden. Berufliche Grundbildung in Berufsfachschulen finde allerdings nur in den Bereichen bzw. Branchen statt, wo eine Anrechnung auf die Ausbildungszeit erfolge. Mit einer Veränderung der Eingangsvoraussetzung und einer Abschlussprüfung strebe man eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung und eine bessere Ausrichtung auf betriebliche Belange an. Um Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu bieten den notwendigen Hauptschulabschluss zu erreichen, werden so genannte Berufseinsteigsklassen eingerichtet. In der abschließenden Diskussion, in der auch der BLBS-Landesvorsitzende Heinz Ameskamp als Diskussionspartner zur Verfügung stand, gab Gerd Lange viele Hinweise zur konkreten Umsetzung der Neuerungen und stellte weitere Perspektiven vor.

English for technical schools



Engineering Report
Fachzeitschrift für Technisches Englisch.
Wertvolle Originalartikel mit Erläuterungen in deutscher Sprache und phonetischer Schrift IPA. Eine geeignete Ergänzung für den Unterricht an Technik-Schulen und zur Orientierung über Neuheiten.

Sehr geehrte Leserin - Sehr geehrter Leser

Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht einfach ist, anspruchsvolle Texte als Ergänzung des Englisch-Unterrichts zu finden. So behilft man sich oft mit dem Ausschnitt aus einem englischsprachigen Journal oder aus einer Zeitung. An dieser Stelle schließen wir mit unserer zweimonatlichen Zeitschrift eine Lücke. Hier finden Sie Artikel von Niveau, die instruktiv und unterhaltsam sind.

Es überwiegen Themen aus der Technik über Neuheiten und Neuigkeiten; doch auch über Allgemeines aus dem Berufsleben wird berichtet. Das Jahresabonnement (6 Ausgaben) kostet **Euro 30.-** (nur für Schulen), sonst Euro 39.-. Bestellung einfach per **FAX 0041.56.282 23 82** Sie können gern ein Probeexemplar anfordern.

Wir wünschen, dass auch Ihnen Engineering Report beim Englisch-Unterricht von Nutzen sein wird.

Mit freundlichem Gruss
Engineering Report

Georg Möllerke
Rebbergrasse 2B
CH-5416 Kirchdorf
www.moellerke.ch

Treffen des BVN-Bezirkweser-Ems

Osnabrück. Der Tradition des Berufsschullehrerverbandes, Bezirk Weser-Ems, folgend konnte der derzeitige Sprecher der Bezirksvorsitzenden Manfred Diekmann die Vertreterinnen und Vertreter des Dezernats 5 der Landesschulbehörde, Abteilung Osnabrück sowie die Funktionäre und Freunde des Berufsschullehrerverbandes herzlich im „Kulmbacher Hof“ in Osnabrück zum Neujahrsempfang/Dreikönigstreffen willkommen heißen.

Ein besonderer Gruß galt dem Leiter der Abteilung Osnabrück, Herrn W. Schippmann sowie Herrn Peter Bräth aus dem Nds. Kultusministeriums, der das Gastreferat zum Thema „Rechtliche Aspekte der Eigenverantwortlichen Schule unter Einbindung von Erkenntnissen aus ProReKo“ im Anschluss der Begrüßung hielt.

Das folgende Statement des Kollegen Manfred Diekmann (gekürzte Fassung) fand Anklang und Zustimmung bei den Anwesenden.

„Meine sehr verehrten Damen und Herren,

2006 war für uns alle wieder ein turbulentes Jahr mit sehr viel Arbeit, spannenden Erlebnissen, großen Herausforderungen, aber auch guten Erfolgen.

Ich freue mich, sie zu Beginn des neuen Jahres, – meine sehr verehrten Damen und Herren – als Vertreter der Landesregierung, der Landesschulbehörde, des Studienseminars oder als Vertreter der Teilverbänden - hier ganz herzlich im Namen unserer Dachorganisation - dem Berufsschullehrerverband im Bezirk Weser Ems ganz herzlich begrüßen zu dürfen.

Drei Könige auf der Suche nach einer Zukunftsperspektive – dieses Bild trifft nach wie vor auch für unsere traditionelle Zusammenkunft in diesem gastlichen Hause zu. Ich denke, ich darf Sie – Herr MR Peter Bräth – auch als einen traditionsreichen Gast bezeichnen. Ihre Ausführungen als Vertreter des niedersächsischen Kultusministeriums haben uns schon häufiger den Blick für die Zukunft erweitert und uns bei unserer gemeinsamen Arbeit wichtige Orientierungspunkte geliefert.

Stellvertretend für die Landesschulbehörde, Abt. Osnabrück, darf ich Herrn Schippmann als Abteilungsleiter begrüßen und Herrn Rittmeister als neuen Leiter des Dezernats 5. Ein ganz herzliches Willkommen sage ich auch den Damen und Herren Dezernenten der beruflichen Bildung. Neben dem geplanten und gewünschten Meinungsaustausch, soll diese Veranstaltung auch unseren Dank dokumentieren für die gute, vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und der Schulbehörde.

An dieser Stelle möchte ich auch all den Personen danken, die diese Veranstaltung inzwischen über viele Jahre mit sehr viel Liebe und großer Sorgfalt vorbereitet haben – erwähnen möchte ich speziell den Kollegen Peter Weers - vielen Dank für Deine hervorragende Arbeit! Es ist heute Deine letztes Dreikönigstreffen in deiner wichtigen Funktion als Bezirkspersonalrat – ich bin sicher, dass Katja Mönning und dein Nachfolger Reent Müller unsere Interessen auch zukünftig hervorragend vertreten.

Besonders begrüßen darf ich auch unseren neuen BVN-Sprecher auf Landesebene – Herrn Most - und mich gleichzeitig bei Herrn Brehmeyer für die geleistete Arbeit bedanken. Herr Most wird sich gleich mit einigen persönlichen Worten die-

sem Kreise vorstellen und sich bei Peter Weers für die geleistete Arbeit bedanken.

Abschließend begrüße ich ausdrücklich alle, die ich bisher vergessen hatte!

Das Bildungssystem und sein organisatorischer Rahmen befindet sich in einem stetigen Veränderungsprozess, wobei man in der Tat nicht weiß, ob es tatsächlich besser werden wird – trotzdem ist davon auszugehen, dass es anders werden muss, wenn es besser werden soll, so sehen es Georg Christoph Lichtenberg und die Gründungsväter von ProReKo.

Das Jahr 2006 hat für die an der Bildung beteiligten Personen und Institutionen, aber auch hinsichtlich der Inhalte und Ziele eine Reihe von Veränderungen mit sich gebracht und das Jahr 2007 wird weitere Veränderungen mit sich bringen. Verzeihen Sie mir, wenn ich an dieser Stelle nur Teilaspekte dieser Veränderungen anspreche – oder ansprechen kann.

Festzustellen ist, dass sowohl personell als auch finanziell ein sehr aufwändiges Diagnose- und Controllingssystem die „Inspektion“ eingeführt worden ist. Sie wird aber im besten Fall nur in der Lage sein, ein allgemeines Bild von den Stärken und Schwächen zu liefern. Dabei stehen „überfachliche und schulformübergreifende“ Gesichtspunkte im Vordergrund.

Bei einer Besichtigung ein Methodenfeuerwerk abzubrennen, das haben wir schon sehr früh gelernt. Unterrichtsqualität kann aber nach meiner Meinung nur dann nachhaltig verbessert werden, wenn es

1. eine auf den jeweiligen Lerngegenstand bezogene Rückmeldung und auch eine fachbezogene Beratung und Unterstützung gibt. Solange man also nicht viel intensiver etwa über eine konsequente Fortbildung nachdenkt, wird vieles in der Luft hängen bleiben und sein Ziel verfehlen. Schule vor Ort ist nicht zuletzt finanziell aber auch personell völlig überfordert, wenn es diesen wichtigen Baustein schultern soll. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass regionalisierte ganztägige oder sogar mehrtägige Fortbildungen als Dienstveranstaltungen durchgeführt werden, damit alle Lehrkräfte mit ins „Qualitäts-Boot“ geholt werden.
2. Zudem steht für mich eines eindeutig fest – Unterrichtsqualität und Arbeitszufriedenheit bedingen sich gegenseitig. Ich möchte hier nicht ein „hohes Klagegedicht“ als Verbandssprecher anstimmen. Aber wer mit seinem AG, sich und seiner Arbeit unzufrieden ist, der ist auch nicht motiviert für eine höhere Unterrichtsqualität. Die durch den AG verursachte oder zumindest beeinflussbare Mängelliste hat sich beachtlich verlängert.

Erinnern möchte ich an dieser Stelle schon an...

- a) die nicht konsequente Fortführung der Altersteilzeit – alle wissenschaftlichen Studien kommen zu den gleichen Ergebnissen – die Belastung für die Kolleginnen und Kollegen steigt. Die gesundheitlichen Folgen sind unbestritten – gerade mit zunehmendem Alter „wird das Fell aber dünner“!
- b) die Mehrarbeit ohne finanziellen Ausgleich – würde neben den Controlling auch ein Arbeitswertsystem von der Wirtschaft übernommen, müssten aufgrund der nachweislich gestiegenen Anforderungen fast alle Kolleginnen und Kollegen möglicherweise um eine ganze Gehaltsgruppe heraufgestuft werden. Aber sogar die sehr bescheidenen tatsächlichen Forderungen der KollegInnen sind in den letzten Tagen infrage gestellt worden. Hier stimmt das Maß der Dinge nicht mehr!
- c) Zudem...wie kann man selber mit Unterricht noch zufrieden sein, wenn man bei ständig zunehmenden Klassenstärken und einem sich unbestrittenermaßen verändernden Schülerklientel kaum noch die Zeit für dringend notwendige Förderung möglich ist. Dabei fordert uns die Bildungspolitik doch immer wieder dazu auf zu „fordern“ und vor allem auch zu „fördern“! Das kann bei dem bisherigen Gesamtbudget unmöglich gelingen!

Am Rande erwähnen möchte ich auch ...

- d) die Streichung der Absetzbarkeit des Arbeitszimmers – sie bringt zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich – das ist für uns nichts Neues! Viel wichtiger ist für mich die sehr negative psychologische Wirkung dieser Entscheidung.
- e) Auch die Äußerungen des bildungspolitischen Sprechers zur möglichen Präsenzpflicht – sie wurden Gott sei Dank sofort von der regionalen Presse als wenig durchdacht abgestempelt - zeigen doch die Gedankenwelt beider Prozesse auf. Den negativen Stellenwert des Personals bei bildungspolitischen Entscheidungen und vor allem die geringe Wertschätzung bei der Beurteilung seiner Leistungen. Das ist sehr schade, denn die Kolleginnen und Kollegen investieren sehr viel Kraft und Herzblut in die Schulentwicklung.

Diesen Katalog könnte ich um einige Punkte erweitern, aber ein zentraler Punkt soll von mir noch angesprochen werden. Die Verbände befürworten den Übergang zur Eigenverantwortlichen Schule – dienstrechtliche Befugnisse sind dabei auf die Berufsbildenden Schulen übertragen worden. Personelle Mitbestimmung im weiteren Sinne bedeutet für mich dabei auch Mitverantwortung für die Schulentwicklung. Vor allem auf die PR kommen immer umfangreichere Arbeitsbelastungen zu, die durch die bisherigen Freistellungen in keinerlei Weise abgedeckt werden können. Natürlich ist die zusätzliche „außerunterrichtliche“ Gesamtbelastung aller Kolleginnen und Kollegen nicht zuletzt durch den EFQM - Prozess beachtlich gestiegen – die Belastung der Lehrer mit Verwaltungsaufgaben nimmt meines Erachtens in einem unzumutbaren Umfang zu - aber für Personalräte trifft dies in einem besonderen Maße zu. Um weiterhin eine gute Qualität bei der Mitverantwortung zu gewährleisten und um weiterhin auch die gesetzlichen Rechte wahrnehmen zu können, muss eine deutliche Entlastung erfolgen.

Abschließen möchte ich meine Anmerkungen aber mit einem ganz herzlichen Dank – ich möchte all denen danken, die sich für die Korrektur der Mängel einsetzen, ich möchte aber

auch all denen danken, die bereit sind, sich unsere Sorgen anzuhören und sich mit uns auszutauschen. Nur gemeinsam werden wir es schaffen unser Qualitätsziel zu erreichen. Ich freue mich, dass Sie - Herr Bräth - sich freundlicherweise bereit erklärt haben, uns über die neuesten rechtliche Aspekte der eigenverantwortlichen Schule unter Berücksichtigung der ProReKo Erkenntnisse zu informieren.“



Ministerialrat Bräth hielt den Gastvortrag

Foto: privat

Der Vortrag von Herrn MR Bräth wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, da u. a. die Ergebnisse der Schulverfassungen der ProReKo-Schulen im Mittelpunkt standen. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Schulvorstandes, durch die Einführung der „Eigenverantwortlichen Schule“, eine verbindliche Realisierung mit Beginn des

Schuljahres 2007/2008, wurde in der anschließenden Diskussion hinterfragt. Der Bezirksvorsitzende Peter Weers bedankte sich für das Referat, aber auch für die faire Diskussion und versprach, dass der BVN die Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule mit viel Engagement, aber auch mit kritischen Anmerkungen begleiten wird. Als Dank erhielt Herr Peter Bräth, der ein sehr gern gesehener Gast des Bezirksverbandes Weser-Ems ist, ein Utensilienpaket zum „Ostfriesischen Tee-trinken“.

Bevor die Möglichkeit zu Gesprächen und zum besseren gegenseitigen Kennenlernen - eine schöne Tradition des Dreikönigstreffen in Weser-Ems, eröffnet wurde, nutzte der amtierende Sprecher des BVN-Landesvorstandes, Ludwig Most, die Chance den Kollegen Peter Weers in den wohlverdienten Ruhestand zu verabschieden. In der Laudatio würdigte der Kollege Most die Leistungen des Bezirksvorsitzenden und des Schulbezirkspersonalratsmitgliedes Peter Weers. Seit mehr als 27 Jahren aktives Mitglied in der Personalvertretung und seit ca. 16 Jahren Leiter des BVN-Infoausschusses hat er auf Landes- und Bezirksebene Akzente gesetzt, die ihm ein hohes Ansehen und eine Wertschätzung durch eine im höchsten Maße nachweislich fachliche Kompetenz im Dienst-, Beamten- und Besoldungsrecht bei den Kolleginnen und Kollegen im berufsbildenden Bereich einbrachte.

Der BVN-Sprecher Ludwig Most dankt dem Kollegen Peter Weers für die Arbeit und den Einsatz für den BVN und überreichte als Zeichen des Dankes einen wunderschönen Rosenstrauß und einen Gutschein für ein Erlebniswochenende in der Stadt Papenburg für ihn und seine Frau, die ihn immer in seiner Arbeit unterstützt hat.

P. Weers

Bezirksverband Braunschweig-Süd auf Bildungsreise

Am Mittwochmorgen, dem 28. Februar um 06.00 Uhr, brachen 23 bildungswillige Kolleginnen und Kollegen aus den Ortverbänden Göttingen, Osterode und Northeim mit dem Bus zur Didacta nach Köln auf. Nach vierstündiger Anreise mit den um Köln üblichen Staumeldungen sind wir dann glücklich gegen 10.00 Uhr auf dem Gelände der Ausstellung eingetroffen.

Viele neue Eindrücke und manch gute Gespräche haben uns für die lange Anreise entschädigt. Für einige von uns blieb sogar noch etwas Zeit, um etwas Großstadtluft zu schnupern. Denn wenn man in Köln ist, dann muss man zumindest den Dom nicht nur sehen, sondern auch besichtigen. Einigermaßen geschafft ging es am Nachmittag zurück nach Hause, sodass wir dann, natürlich mit den entsprechenden Dauerstaus während des Feierabendverkehrs, nach fünfstündiger Fahrt glücklich wieder im Südbereich Niedersachsens eingetroffen sind. Ein Mangel hat uns auf der Didacta doch belastet: Das Gewicht der gewerblich-technischen Berufe ist auf der Bildungsmesse in diesem Jahr stark rückläufig gewesen. Hoffentlich ist das kein weiteres Zeichen des Rückganges der gewerblich-technischen Ausbildungsrichtungen.

Dietmar Rudel
Ines Puschmann



Bezirksverband Braunschweig-Süd auf der Didacta in Köln

Foto: privat

Aus der Wirtschaft

Motivation

Hamburg (fsu) „Das größte Hemmnis für die Umsetzung partnerschaftlicher Managementkonzepte (ECR) ist das fehlende Interesse und die fehlende Bereitschaft, sich Neuem anzuschließen. Das gilt für alle Glieder in der Wertschöpfungskette. Der Vorgesetzte kann nur extrinsisch motivieren. Das Gegenteil von ECR ist RaKa – Rationalisierung auf Kosten anderer.“

Dies sagt Professor Götz Werner – Chef der Drogerie-Kette dm und Träger des ECR Awards 2006 – über Unternehmenskultur, ECR- Strategien, Erfolg und Effizienz.

Erfolgskiller

Bonn (fsu) Gelebte Werte zahlen sich auch wirtschaftlich aus. Zu diesem Schluss kommen das Institut Medien und Kommunikationsmanagement (MCM) der Universität St. Gallen und die Bonner Unternehmensberatung Deep White.

Aus ihrer Studie „Wertekultur und Unternehmenserfolg“ geht hervor, dass rund ein Viertel des Geschäftserfolgs eines Unternehmens auf die gelebte Wertekultur zurückgeführt werden kann. Die Arbeitswelt in deutschen Unternehmen, so ergab die Mitarbeiterbefragung für diese Studie, sei insgesamt durch so genannte „harte Werte“ wie Macht und Hierarchie geprägt. In mehr als jedem zweiten Unternehmen werde die positive Wirkung der insgesamt stark ausgeprägten Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter durch Erfolgskiller der harten Wertekulturen zum Teil wieder zunichte gemacht, warnt Deep White -Geschäftsführer Gregor Schönborn.

Wertekultur

Landau (fsu) Die Wertekultur eines Unternehmens und klare Visionen sind auch für den Profit entscheidend.

Mit seiner werteorientierten Mitarbeiterführung, seiner hohen Kundennähe und Bestwerten bei der Kundenzufriedenheit konnte kürzlich der im pfälzischen Landau ansässige Baumarktfilialist HORN BACH punkten. Er erhielt den deutschen Handelspreis 2006.

Karitatives Engagement

Essen (fsu) „Wer viel hat, muss auch viel geben“, sagt der Arzt und bekennende Christ Heinz-Horst Deichmann.

Für sein Lebenswerk erhielt der Begründer der größten Schuhfilialkette Europas den internationalen Life-Time-Award 2006. Damit würdigte die Jury sowohl die unternehmerische Leistung Deichmanns als auch sein hohes Engagement in der beruflichen Bildung Benachteiligter und für Menschen in Not. So unterstützt sein christliches Sozialwerk „wortundtat“ in Afrika, Asien, Israel und hierzulande Menschen in Not. Zum „Deichmann Förderpreis“ berichteten wir in unseren Ausgaben Nr. 248 und 249.

Lesen Sie in unserer nächsten Ausgabe das Interview mit Heinz-Horst Deichmann.

Azubi - Betrieb

Düsseldorf (fsu) MOKI (Mode für Kinder) heißt ein Geschäft, das ausschließlich von Auszubildenden betrieben wird und den Handelsinnovationspreis 2006 erhielt.

MOKI ist ein Shop-Konzept, das mit maßgeblicher Unterstützung der Kaufhaus Warenhaus AG gegen die Leerstandsproblematik in der City gerichtet ist und zudem der Nachwuchsförderung dienen soll.

Kommentar

***Dreigliedriges Schulsystem* Die Abrissbirne wird es nicht bringen**

Von Friedrich Susewind

Nicht nur Lehrer wundern sich über den geringen Erkenntnisgewinn von Venor Munoz: Da inspizierte der UN – Sonderberichterstatter aus Costa Rica vor einem Jahr an sieben Tagen deutsche Schulen und Kindergärten, um jetzt in Genf auf der Vollversammlung des Menschenrechtsrates die Abrissbirne für das deutsche Schulsystems zu verlangen. Er glaube, dass das in Haupt-, Realschulen und Gymnasien gegliederte System und die Art der Aufteilung der Schüler soziale Ungleichheit betone. Arme, ausländische und behinderte Schüler würden „de facto“ diskriminiert. All dies klingt nicht neu. Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist dies seit jeher ihr Hauptargument für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

Statt nun erneut über bloße Schulstruktur und mögliche Chancengerechtigkeit zu debattieren, sollte besser gehandelt und dabei gefragt werden, wie unser bestehendes Schulsystem insgesamt wieder leistungsfähiger werden kann. Im Vergleich zu großen, eher unbeweglichen Schulkomplexen haben die Haupt-, Realschulen und Gymnasien als verhältnismäßig kleine flexible Einheiten durchaus ihre eigenen Vorzüge. An ihnen liegt es nun, ihre Stärken weiter zu entwickeln und vor allem auch in der Öffentlichkeit medienwirksam zu präsentieren. Dabei sollten sie mehr Kontakt zu den benachbarten Betrieben aus Industrie, Handel, Handwerk aufnehmen und das Gespräch mit den Hochschulen in der Region suchen. Durch diesen Praxisbezug des Lehrens und Lernens fänden Schülerinnen und Schüler sicher frühzeitiger einen Bezug zur Arbeitswelt und würden wohl auch mehr Motivation für ihr eigenes Lernen zeigen, da ihnen klar wäre, dass Bildung nicht wegen guter Noten stattfindet, sondern auf den Erwerb der eigenen Berufsbiografie hinausläuft.

Dass das gegliederte Schulsystem in Deutschland „extrem

selektiv“ sei, wie Rechtsanwalt Munoz erklärte, wird nahezu eine ganze Generation von Berufsschullehrern, die die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bereits in den 70er Jahren „erprobte“ und zu der der Chronist ebenfalls gehört, nicht bestätigen können. Diese Lehrer waren es, die dazu beigetragen haben, dass das duale Berufsausbildungssystem (Schule und Betrieb bilden gemeinsam aus) zur Weltspitzenklasse wurde. Diese Lehrer waren es aber auch, die „bloß“ den Haupt- oder Realschulabschluss hatten - und eine abgeschlossene Lehre. Der Besuch der Klasse 12 an einer Berufsschule verhalf ihnen zu Fachhochschulreife, so dass sie anschließend fit für das Studium waren. Dieser Bildungsgang ist nach wie vor sehr attraktiv - und es spricht vieles dafür, die bewährten Haupt-, Realschulen und Gymnasien in ihrem Bemühen um eine bessere Bildungsqualität weiterhin zu stärken.

Dass mittlerweile die Fachhochschulen bestimmte Lehrinhalte (Module) aus der Teilzeitberufsschule als „außerhochschulisch erworbene Leistungen“ auf das Studium anrechnen, ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

„Man kann alles schlechtreden, auch die Hauptschulen.“

C. Ohrmann

Unternehmer Ohrmann und „Deutschlands beste Hauptschule“

Erfolg durch Kooperation Hauptschule durch Bundespräsident Horst Köhler ausgezeichnet

Möhnesee (fsu) Vor Jahren fiel dem Verfasser ein Firmenportrait des mittelständischen Betriebes Ohrmann Montage-technik in die Hand. Ohrmann ist weltweit führender Hersteller von Zuführungen und Montage von Dichtungen und Niederdruck-Vergusstechnik. „Alle Achtung, solch exzellente Firmen hat es hier in der Region“, dachte der Chronist aus dem Sauerland. Nun las er erneut den Namen Ohrmann in der Presse – im Zusammenhang mit „Deutschlands bester Hauptschule!“

Aber diesmal ist es nicht der Unternehmer, der technische Innovationen voranbringt, sondern die Person Ohrmann, die sich um die Zukunft unserer Hauptschüler kümmert.

Was treibt ihn an, wer ist dieser Chef von etwa 130 Mitarbeitern im Sauerland und in Kanada, der nicht über die mangelnde Berufsreife unserer Heranwachsenden klagt, sondern den jungen Leuten etwas zutraut, sie fördert und fordert?

Mit Cölestin Ohrmann sprach Friedrich Susewind.

Herr Ohrmann, eine gute Mannschaft spielt auch ohne ihren Trainer. Wie sonst ist es zu verstehen, dass Sie als erfolgreicher Unternehmer sich die Zeit nehmen, Hauptschüler wöchentlich zwei Stunden im technischen Zeichnen zu unterrichten oder sie mit in Ihren Betrieb nehmen, um mit ihnen dort eine automatische Sortieranlage zu bauen?

Ja, in unserer Firma haben wir die hoch motivierte Mannschaft, von der Sie sprechen. Dass ich mir für die Möhneseeschule wöchentlich die Zeit nehmen kann, hat auch damit zu tun, dass es in unserem Hause frühzeitig gelungen ist, für qualifizierten Nachwuchs zu sorgen. Dabei liegt der Anteil an Akademikern in unserem hoch spezialisierten Betrieb bei zirka 30 %.

Sind die Hauptschüler der Möhneseeschule motiviert?

Durchaus, denn sie ahnen, dass ein ernsthaft und diszipliniert gelebter Arbeitsalltag viel Anerkennung, Erfolg und durchaus auch Freude vermitteln kann. Diese Freude hat übrigens nichts mit jener aus der Spaßgesellschaft zu tun, die ihnen heute in vielen anspruchlosen Medien und über die Spielkonsolen geboten wird.

Sie nehmen die Schüler ernst und trauen ihnen etwas zu?

Absolut, denn in vielen von ihnen steckt weitgehend unerkanntes Potential. Dabei erstaunt es mich immer wieder, welche große technische Versiertheit viele der Heranwachsenden an den Tag legen. Auf der anderen Seite gilt es aber auch, den



Cölestin Ohrmann fördert Berufsreife und Technikverständnis in der Möhneseeschule
Foto Susewind

jungen Leuten zu vermitteln, dass es bereits in der Schule auf Disziplin und Pünktlichkeit ankommt. Als eine Klasse einmal fünf Minuten zu spät zum Unterricht erschien, habe ich ihnen vorgerechnet, wie teuer dieser Zeitausfall in meiner Firma gewesen wäre – ganz abgesehen von möglicherweise verärgerten Kunden, die uns dann vielleicht verloren gingen.

Immer öfter wird beklagt, den Heranwachsenden fehle es heute an Vorbildern, und aus dem Grunde seien viele von ihnen so ausgeflippt. Wie wer-

den Sie als erfolgreicher Unternehmer von ihren Schülern wahrgenommen?

Ich denke, sie verstehen meine Anliegen und nehmen einiges von mir an. Wenn ich ihnen erzähle, dass ich - ebenfalls wie sie - „bloß Volksschüler“ bin und mich später nach Lehrabschluss über die Fachoberschule, Klasse 12, und das Ingenieurstudium zum Unternehmer entwickelt habe, meine ich, hier und da ein Leuchten in ihren Augen entdecken zu können.

Müssten Lehrer an Haupt-, Realschulen und Gymnasien nicht noch mehr Praxiswissen über Industrie, Handel und Handwerk haben und auch bessere Kontakte zur Wirtschaft

suchen, um erfolgreicher unterrichten zu können?

Selbstverständlich. Für alle Seiten wäre es von Vorteil, wenn Lehrer sich viel öfter die pädagogische Freiheit nehmen würden, sich vom Lehrplan gelegentlich abzusetzen, um mit ihren Klassen über einen vereinbarten Zeitraum ortansässige Betriebe besuchen zu können. Das bisschen Betriebspraktikum, das Schüler heute machen, reicht bei weitem nicht aus, um ihnen eine notwendige berufliche Orientierung vermitteln zu können.

Über das einzelne Bemühen des Lehrers hinaus ist hier sicher auch die jeweilige Institution Schule gefordert.

Ja, hier ist ebenfalls etwas zu tun, denn es könnte jede Schule solch einen Partner in der Wirtschaft finden. Ohne Zweifel würden die Schüler davon ungemein profitieren. Aber noch ist es nicht überall so, dass auch beide Seiten – Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf der einen Seite und der Be-

trieb auf der anderen Seite - der Nutzen einer derartigen Kooperation gleichermaßen deutlich erkennen.

Was sagen Sie jenen, die die Hauptschule zugunsten einer Einheitsschule in Deutschland derzeit abschaffen wollen?

Es ist die Frage, ob man ein Standbein des Schulsystems einfach kappen kann, ohne das Gesamtsystem auf den Prüfstein zu stellen. Nur durch Umverteilung der Schüler wird das Problem nicht gelöst. Die Schüler müssen in ihren vorhandenen Fähigkeiten, hierzu gehören meiner Meinung nach auch technische und /oder handwerkliche Fähigkeiten, gestärkt werden. Das bringt Selbstsicherheit, wobei das andauernde Gerede von der Restschule eine Unsicherheit bringt, die nur sehr schwer wieder in Motivation umgewandelt werden kann.

Herr Ohrmann, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Wir informieren

Hauptschüler besser, als ihr Ruf

Frühzeitiger Einstieg in´s Berufsleben statt Schulbank

Bonn (fsu) Der an Berufsbildung interessierte Leser hat es längst vernommen: Die Stigmatisierung der Hauptschule und ihr Grabgesang hat ein Ende, denn immer mehr Hauptschulen arbeiten als kleine und flexible Einheiten äußerst gut und ideenreich.

So suchen Hauptschulen vielerorts den Kontakt zu Unternehmen in der Region, um ein Stück betriebliche Wirklichkeit in ihren Schulalltag hinein zu tragen. Die Renner sind dabei kleine Projektarbeiten, die im Zusammenwirken mit den Betrieben hauptsächlich in den Schulen durchgeführt werden und die den Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, sich jenseits des herkömmlichen Schulbetriebs mit ihren auch praktischen Fähigkeiten einbringen zu können. Darüber hinaus stellen viele von ihnen dabei fest, dass sie mit ihren „weichen Faktoren“ wie Zuverlässigkeit, Anstand und Leistungsbereitschaft sehr erfolgreich agieren können.

Dass den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss laut jüngster Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags von den Unternehmen eine mangelnde Ausbildungs- und Berufsreife bescheinigt wird, ist jedoch für alle eine bittere Pille. Auch die Handwerkskammern beklagen dies Defizit seit Jahrzehnten. Allerdings beziehen sich die Kammern dabei nicht nur auf die Hauptschüler, sondern sehen diese Schwächen ebenso bei Realschülern und Gymnasiasten. Bei all dem zeigt sich jedoch, dass das Handwerk und der Mittelstand stets die Bedeutung der Hauptschule betonen und sich seit jeher engagieren, wenn es darum geht, leistungsfähige Hauptschüler als Auszubildende einzustellen. Auch bei dem Münchener Auto-

bauer BMW haben hochmotivierte Hauptschüler gute Chancen. Sie bekamen immerhin jeden vierten der jährlich rund 1200 bundesweit zu besetzenden Plätze in Metall- und Elektroberufen, wie es in einer Verlautbarung der BMW Group (2006) heißt.

Dieser frühzeitige Einstieg in das Erwerbsleben ist ganz im Sinne der Auszubildenden sowie der Betriebe: Die Azubis haben das Gefühl, sich jenseits der oft wenig geliebten Schulbank im beruflichen Alltag nützlich machen zu können – verbunden mit der Gewissheit, am Ende des Monats über eine selbst „verdiente“ Ausbildungsvergütung verfügen zu können. Die Betriebe dagegen haben es mit relativ jungen Leuten zu tun, denen die berufliche Sozialisation wohl leichter fallen dürfte, als vielen „Altbewerbern“, die in Ermangelung einer Lehrstelle schon so manche Warteschleife in den beruflichen Schulen mit mehr oder minder bedeutsamen Abschlüssen haben drehen müssen.

Erkenntnis: So dürfte eine mit gutem Hauptschulzeugnis recht frühzeitig abgeschlossene Lehre wohl ein besonders gutes Sprungbrett für den weiteren Ausbau der eigenen Erwerbsbiografie sein.

Liebe Leserinnen und Leser,

der BLBS Landesverband Niedersachsen veranstaltet am Donnerstag, 27. September 2007, ab 10.00 Uhr in Braunschweig seinen Verbandstag mit Mitgliederversammlung.

Freuen Sie sich auf unseren Gastredner Kultusminister Bernd Busemann, der zum Leitthema sprechen wird:

„Berufliche Bildung in Niedersachsen – Investitionen in die Zukunft“

Näheres zur Veranstaltung erfahren Sie in Kürze über die Plakate und Aushänge.

Kurt Kunze, Bezirksvorsitzender Braunschweig

Das Beratungsangebot des BLBS wird erweitert

Ab sofort können Mitglieder des BLBS sich in Fragen des Versorgungsrechts und der Hinterbliebenen- und Witwenversorgung kompetent beraten lassen. Dieses Angebot richtet sich besonders auch an die pensionierten Mitglieder des BLBS.

Peter Weers, der in der vergangenen Jahren Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen bei ihren Fragen bezüglich des Dienst- und Versorgungsrechts und in Beihilfengelegenheiten beraten und unterstützt hat, bietet den Mitgliedern des BLBS folgende Beratungs- und Unterstützungsleistungen an:

Hilfe bei Fragen in Bezug auf

- das Versorgungsrecht
- die Hinterbliebenen- und Witwenversorgung (Zusammenführung von Versorgungsleistungen)
- das Beihilferecht
- die Pensionsberechnung
- die Ermittlung der Versorgung (perspektivische Pensionsberechnung im Rahmen der privaten Vorsorgemaßnahmen)

und Hinweise zum Vorsorgerecht (Patienten- und Betreuungsverfügungen).

Kontaktadresse:

Peter Weers
Neulandsweg 8 26607 Aurich
Tel. 04941 7744 Fax: 04941 73341
peter.weers@ewetel.net

Laufbahninflation soll gebremst werden

(rb) Hannover. Das Innenministerium will die durch die Föderalismusreform gewonnene Freiheit gegenüber laufbahnrechtlichen Bestimmungen zu einer umfassenden Änderung des Laufbahnrechts nutzen.

Sie zielt auf einen flexibleren Personaleinsatz und mehr Mobilität durch deutliche Reduzierung der Zahl der Laufbahnen, durch Förderung des Leistungsprinzips, durch mehr Durchlässigkeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung und Verringerung der Regelungsdichte.

In die Vorarbeiten hierzu sind die Ressorts eingeschaltet worden u.a. mit der Bitte, sich den unterschiedlichen Regelungen für den Aufstieg in den gehobenen Dienst zu äußern. Bei der Reduzierung der Laufbahnen geht es zunächst um eine Erhebung des Ist-Zustands mit deutlich über 100 Laufbahnen. Das

Innenministerium schlägt zu diesem Punkt eine Reduzierung durch Bildung einiger weniger Gruppen vor, so für Justiz, Polizei und Steuerverwaltung. In vertikaler Hinsicht sei an zwei Gruppen zu denken, eine mit Hochschulabschluss, eine ohne. Eine größere Durchlässigkeit zwischen Gruppen könne erreicht werden durch eine höhere Zahl von Verzahnungsämtern unter Aufhebung des Verwendungsaufstiegs. Die Ressorts sind aufgefordert zu weitergehenden Anregungen.

Aus: Rundblick Nr. 74 vom 20.04.07

Trendforum Oldenburg legt „TrendStudie 2006“ vor

(rb) Hannover/Oldenburg. In Anwesenheit seines Schirmherrn, Wissenschaftsminister Lutz Stratmann, hat das Oldenburger Trendforum Interne Kommunikation am Mittwoch in Hannover die „TrendStudie 2006“ über die interne Kommunikation in der deutschen Wirtschaft vorgestellt.

Stratmann nannte das Projekt ein hervorragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Das Trendforum greife ein Thema auf, das in vielen Organisationsformen allzu häufig vernachlässigt werde. Durch die Einbeziehung von Studenten der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Fachhochschule Oldenburg, Ostfriesland, Wilhelmshaven in das Projekt erfolge außerdem eine frühzeitige Einbindung der Studierenden in das Berufsleben, weil sie praktische Erfahrungen bei den Interviews in den Unternehmen sammeln könnten, betonte der Minister. Ergebnis

der Studie, bei der von Studenten rund 300 Unternehmen nach ihrem Kommunikationsmanagement befragt wurden, ist die sicherlich nicht ganz überraschende Erkenntnis, dass interne Kommunikation die Basis unternehmerischen Erfolges ist. Die Studie ergab aber auch, dass es vielerorts Informationsdefizite gibt und dass mehr Räume und Chancen für interne Kommunikation geschaffen und die Mitarbeiter stärker im Interesse der Firmen einbezogen werden müssen.

Aus: Rundblick Nr. 82 vom 03.05.07

Umwelt

Im Namen der Dose Die Plastikflasche boomt

Pfandregelung hat ihr Ziel verfehlt

Berlin (fsu) Einweg -Plastikflasche statt Blechdose, wer hätte dies vor Jahren gedacht. Das hauchdünne Weißblech ist vom Markt und stattdessen wird das Einweg - Plastikgebilde aus PET salonfähig.

Eigentlich hatte sich der Grünen-Politiker und damalige Umweltminister Jürgen Trittin alles ganz anders per Verordnung vorgestellt. Denn sehr zum Leidwesen der Umwelt greift der Verbraucher immer öfter zur PET-Einwegverpackung, statt zur Mehrwegflasche. Damit ist genau das Gegenteil dessen eingetreten, was mit dem Dosenpfand bezweckt werden sollte.

Und so wird Jürgen Trittin im Namen der Dose von einer bitteren Wahrheit eingeholt: Die Mehrwegquote für nicht-alkoholische Getränke sinkt rapide. Derzeit liegt sie bei unter 35 %. „Da ist ein wirtschaftlich funktionierendes System mit hohen Recycling-Quoten ohne Not kaputt gemacht worden“, schimpft Klaus Peter Stadler, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) und Technischer Direktor bei Coca-Cola Deutschland.

Und in der Tat ist es so, dass nicht nur die AGVU, sondern auch die Bürger mit der komplexen und zum Teil unverständlichen Pfandregelung heute vor Probleme gestellt werden, die sie vorher nicht hatten. Da sind zum Beispiel die neuen Rücknahmeautomaten der Lebensmitteldiscounter. Technik pur - man hat den Eindruck, hier habe der Computertomograph aus der Medizintechnik Pate gestanden. So muss jede einzelne Flasche vom Kunden in die Röhre eingelegt werden. Sie

wird dann dort in Position gebracht, unter den Augen der Elektronik behutsam gedreht, gewendet und hin und her geschoben sowie auf Deformationen untersucht, bis dass sie – als „gesund“ erkannt – im Abfall verschwindet und als Flaschenpfand dem Kunden gutgeschrieben wird.

Dies ist bei jedem einzelnen Behältnis, das später vielleicht in der Müllverbrennungsanlage landet, anfangs ein Aha – Erlebnis. Die Sache wird aber dann zur Strapaze, wenn die Maschine bestimmte Flaschen nicht akzeptiert und wieder auswirft. Bisweilen machen auch Mütter ihre Kinder mit dem neuen System vertraut, während jenem, der in der Warteschlange vor dem Rücknahmeautomaten steht, die Zeit davonläuft. „Staatliche Instrumente stoßen immer an Grenzen, die der Markt macht“, kommentiert Thomas Rummel, Leiter der Abteilung Abfallwirtschaft und Bodenschutz im Bundesumweltministerium.

Nun denn, offenbar wird das umständliche und wenig ökologische System zumindest so lange Bestand haben, bis die Automaten abgeschrieben sind - und das kann dauern. Laut Verband HDE hat der Handel immerhin rund 1,5 Mrd. Euro in den Aufbau des Rücknahmesystems gesteckt.

Zu guter Letzt

Kommt Wallraff mit neuer Aktionsliteratur?

Köln (fsu) Günter Wallraff ist wieder in den Medien. In der Welt am Sonntag beschrieb er jetzt sein Verhältnis zur RAF-Chefin Ulrike Meinhof mit den Worten: „Wenn sich die Wut einer Gesellschaft gegen einen Einzelnen richtet, dann fühle ich mich dem sehr nahe.“ Kaum gesagt, schon räumte die Deutsche Welle dem Journalisten Wallraff ein Platz in den Kulturnachrichten ein. Der Schriftsteller plane neue Enthüllungsreportagen, habe der Kölner Express gemeldet.

Wie dem auch sei: Aufschlussreich wäre es, Wallraff einmal zu fragen, in welcher Verbindung er zu Hans Martin Schleyer stand, über den er in den 70er Jahren recherchiert hatte. Als verhängnisvoll für den Verbandspräsidenten erwies sich jedenfalls Wallraffs Aussage mit der in Klammern gedruckten Prophezeiung, die zwei Jahre vor Schleyers Tod im Universitätsaschenbuch UTB 402 des Paderborner Ferdinand Schöningh - Verlags erschien. Titel: „Was will Literatur?

„Vom Ende der Eiszeit und wie man Feuer macht“, überschrieb Wallraff hier ein Kapitel und führte aus: „Ich stelle mir einen Schlüsselroman vor, ähnlich wie der „Pate“, nur weniger psychologisierend; als Gangsterboss etwa Schleyer von Daimler-

Benz (eventuell kurzfristiger Präsident der BDI); ausgehend von seiner SS-Zeit, bis zu seinen jetzigen Praktiken im Unternehmerlager. Ich glaube, da ließen sich mehr einschlägige Krimihöhepunkte herauskristallisieren als in manchem fiktiven Gangsterroman.“

Bei aller Liebe zur medialen Wirksamkeit des spekulativen Wortes über Andere: Hier sind wohl die Grenzen des persönlich Zumutbaren erheblich überschritten worden. Und so sollte sich Wallraff erst einmal nach der Wirkung seiner Aussagen über den später von der RAF ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer fragen lassen, bevor Neues von ihm auf dem Büchermarkt erscheint.

Gedenkfeier für die RAF- Opfer

Feier kommt und die Frage bleibt: Was geschah damals - auch in der Bildung?

Von Friedrich Susewind

Im November wird es in Berlin eine zentrale Gedenkfeier zu Ehren der RAF-Opfer geben. RAF Chefin Brigitte Mohnhaupt ist auf freiem Fuß. Dies stimmt nicht alle glücklich, denn Bayerns Innenminister Günther Beckstein sprach Vielen aus dem Herzen, indem er sagte, Mohnhaupts Haftentlassung sei rechtlich nicht zu beanstanden, wohl aber bliebe das Unbehagen zurück, dass eine Schwerverbrecherin auf freiem Fuß sei, die in all den Jahren nichts dazu beigetragen habe, die Straftaten vollständig aufzuklären.

Über 24 Jahre geschwiegen hat die ehemalige RAF- Anführerin und wird darin bestärkt vom Rechtsexperten der Grünen im Bundestag, Jerzy Montag, der Becksteins Unbehagen als „rückwärtsgerichtet“ abtut. Jedoch nicht alle in der grünen Fraktion teilen diese Ansicht. So wurde MdB Omid Nouripour im Gespräch mit der WELT gefragt, was er von den ehemaligen RAF- Terroristen wissen wolle, wenn er ihnen gegenüber säße. Daraufhin Nouripour: „Wer hat Hans Martin Schleyer erschossen?“

Diese Frage darf mit der Feier nicht zu den Akten gelegt werden und wird im übertragenen Sinn für die vielen weiteren unaufgeklärten Tötungsdelikte jener Zeit bedeutsam bleiben müssen. Dies ist erstens den Opfern geschuldet. Zweitens ist es dringend geboten, den geistigen Nährboden sowie das Umfeld jener Straftäter anzusprechen, wobei es den RAF –

Akteuren nicht nur um Gewalt gegen Personen oder Sachen ging. Auch eine politische Bewusstseinsbildung, die mit einem tiefen Hass gegen die staatliche Obrigkeit und Repräsentanten der Wirtschaft verbunden war, nahm damals ihren Anfang. Sie wurde in bestimmten intellektuellen Kreisen gefördert und hat bis heute erhebliche Spuren hinterlassen. So gab es reichlich Berührungspunkte zwischen den Delikten der RAF und einem politisch- ideologisch motivierten Bildungscredo jener Zeit, das in die pädagogische Wissenschaft und die Schulbücher einzog.

So heißt es in dem 1971 bei List herausgegebenen Taschenbuch der Wissenschaft „Erziehung in der Klassengesellschaft“: „Lehrer sind als machtlose Vollzugsbeamte einer Verwaltungshierarchie zugleich die wirksamsten Agenten der Herrschenden“. Der heute noch immer zu beklagende Abstand und man-

gelnde Bezug der Pädagogik zur Wirtschaft und zum Unternehmertum ist wohl ein Relikt aus dieser Zeit und geht zurück auf eine Schar von ideologischen Vorbereitern, die in den siebziger Jahren wohl auch in den Hochschulen saßen. Von dieser Last einer Erbsünde im Denken haben sich einige Pädagogen bis heute nicht befreien können. Wenn man so will, ist PISA ein Leistungsresultat dieser kritisch-emanzipatorischen Pädagogik, die in ihren Schulstuben den Bezug zur Wirtschaft und zur beruflichen Wirklichkeit verspielte.

Aber auch Schriftsteller wie Günter Wallraff waren damals en vogue und wurden in den Schulen gelesen. „Diese Arbeit würde sich hervorragend als Beschäftigung für Schwachsinnige eignen“, gab er den Schülern in seinem Taschenbuch „Industriereportagen“ zu verstehen. Er sprach hier über seine Arbeit am Band bei Siemens in der Fertigung von Bauteilen für die Telekommunikation. Als Autor von Aktionsliteratur nahm Wallraff später auch die McDonald's Gastronomie in's Visier. Er hatte sich mit einer falschen Identität als „Türke Ali“ einstellen lassen und rief im gastronomischen Betrieb erhebliche Konflikte hervor. Aber der Konzern wusste sich gegen manipulierte Recherchen zu wehren. Und so wurde Wallraff per Gerichtsbeschluss untersagt zu behaupten, bei MCD würde unhygienisch gearbeitet. Heute ist McDonald's mit 1680 besetzten Lehrstellen einer der ganz großen Ausbilder. Aber nicht überall in Industrie und Handel verhielten sich ähnlich Geschädigte – wie wohl auch BDI-Verbandspräsident Hans Martin Schleyer - damals derart konsequent, sondern ignorierten wohl so gut es ging die Verunglimpfungen aus dem

extrem linken Lager. Die Gefahr, die aus dieser Richtung kam, wurde offenbar zu wenig erkannt.

Wie dem auch sei - längst haben jene, die für das Zusammenspiel von Wirtschaft und Schule stehen, dies Stück Zeitgeschichte reflektiert – in ihrem pragmatischen Bemühen um Bildung und Ausbildung heute.

So werben der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), die Kammern sowie Unternehmer- und Arbeitgeberverbände bei den Unternehmen erfolgreich dafür, sich in Bildungsfragen stärker zu engagieren. Vorbei ist die Zeit, in der man meinte, dies allein der Kultusbürokratie überlassen zu können. Am Standort Deutschland krepelt die Wirtschaft in Bildungsfragen derzeit die Ärmel auf. So haben sich führende deutsche Unternehmen zusammengeschlossen und am BASF Standort Ludwigshafen eine „Wissensfabrik“ gegründet. Bundesweit engagieren sich beteiligte Unternehmen jeweils in ihrer Region mit Bildungsprojekten. Allein im naturwissenschaftlichen Projekt „NaWi – geht das“ sind an über 150 Schulen Bildungspartnerschaften entstanden. Zahlreiche Erfolge sind greifbar und immer mehr Unternehmen machen mit. Der Weg ist das Ziel, heißt es in der modernen Wirtschaftsphilosophie.

Dieser politische Wandel hin zu mehr unternehmerischer Verantwortung in der Bildung sollte im Rahmen der Gedankenfeier angesprochen werden.

Aktuelles für Speditionskaufleute

komprimiert - übersichtlich - verständlich

- Lehr- und Übungsbuch in überarbeiteter, aktualisierter Auflage mit neuer ADSP 2003 und neuen Versicherungsbestimmungen
- Systematische Teilung der Kapitel in Informationsteil/ Fallstudien/Wiederholungsfragen
- Lernsymbole verweisen auf sinnvolle Lernhilfen für die handlungsorientierte Bearbeitung
- Für auszubildende Speditionskaufleute, Kaufleute des Groß- und Außenhandels, Industriekaufleute, Wirtschaftsassistenten der Fachrichtungen Spedition/Logistik, Studenten mit dem Schwerpunkt Logistik



Stand der Preise: 1.4.2004

Verlag Europa-Lehrmittel
Düsselberger Str. 23
42781 Haan-Grutten

www.europa-lehrmittel.de



Spedition und Logistik
Heft 1 - Grundlagen,
Speditionsrecht, Marketing
2. Aufl. 2003, 134 S., DIN A4,
brosch.
Europa-Nr. 72418 € 14,30

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre

Lübben	Hans-Dieter	Aurich	12.04.1947
Ahrens	Lühr	Osterh.-Scharmb.	15.04.1947
Thesing	Johannes	Papenburg	17.04.1947
Janßen	Friedrich	Emden	28.04.1947
Stridde	Elisabeth	Braunschweig II	30.04.1947
Rosenbohm	Gert	Wesermarsch	05.05.1947
Müller	Johann	Wittmund	08.05.1947
Neumann	Gerd	Aurich	17.05.1947
Brunzel	Rainer	Osterode	28.05.1947
Fleischer	Jürgen	Einbeck	04.06.1947
Gattermann	Frank	Alfeld	06.06.1947
Rinke	Josef	Cloppenburg	09.06.1947
Moth	Wolfgang	Winsen-Luhe	14.06.1947
Meyer	Hubert	Cloppenburg	28.06.1947
Dreyer	Hans-Peter	Rotenburg	11.07.1947
Taferner	Rudolf	Aurich	26.07.1947
Henze	Gundula	Hannover 7	29.07.1947
Metelmann	Horst	Stade	08.08.1947
Roscher	Harald	Göttingen	21.08.1947
Kutz	Karl-Heinz	Papenburg	22.08.1947
Musche	Günther	Oldenburg	23.08.1947
Brückmann	Wilhelm	Leer	23.08.1947
Dirker	Franz-Josef	Osnabrück	25.08.1947
Dorsch	Bernd	Wittmund	30.08.1947
Sperveslage	Josef	Bersenbrück	04.09.1947
Lohmann	Helmut	Soltau	08.09.1947
Dressler	Wilhelm	Göttingen	10.09.1947
Lamer	Helmut	Diepholz-Sulingen	14.09.1947
Hollmann	Lutz	Osterh.-Scharmb.	19.09.1947
Theuerkauf	Manfred	Gifhorn II	22.09.1947
Schreiber	Georg	Osterh.-Scharmb.	22.09.1947
Rösseler	Heinz	Stadthagen	27.09.1947

65 Jahre

Hempfen	Hermann	Meppen	11.04.1942
Maas	Bernd	Hannover ME	19.04.1942
Smit	Karl	Leer	11.05.1942
Duve	Wolfgang	Wolfsburg	25.05.1942
Heisig	Michael	Oldenburg	19.06.1942
Gerhardt	Eberhard	Hannover ME	02.07.1942
Nerge	Ursula	Rinteln	15.07.1942
Macht	Heinz-Harry	Soltau	21.07.1942
Rink	Lothar	Osnabrück	10.08.1942
Kegler	Heinz	Emden	21.08.1942
Rhode	Erhard	Osterode	22.08.1942
Börner	Edzard	Hildesh. Marienb.	25.08.1942
Campe	Gerhard von	Wolfsburg	04.09.1942
Schmackers	Heinz	Lingen	08.09.1942
Markus	Reinmar	Northeim	10.09.1942
Heidrich	Gotthard	Braunschweig II	29.09.1942

70 Jahre

Ude	Horst	Braunschweig II	31.05.1937
Geise	Konrad	Osnabrück	05.06.1937
Capelle	Dieter	Einzelmitglied	13.06.1937

Henning	Jürgen	Uelzen	09.07.1937
Tripmaker	Jürgen	Wesermarsch	29.07.1937
Niebuhr	Wilhelm	Wolfenbüttel	30.07.1937
Wolters	Lieselott	Wolfsburg	23.08.1937
Hoheisel	Sigrun	Wolfenbüttel	24.08.1937
Schüler	Gerd-Lothar	Wittmund	07.09.1937
Spickermann	Hans-Georg	Holzminden	08.09.1937
Klaffke	Hermann	Norden	30.09.1937

75 Jahre

Dirks	Karl	Aurich	01.04.1932
Wagenleiter	Gerhard	Einzelmitglied	13.05.1932
Drüke	Ralph	Göttingen	21.05.1932
Schumacher	Ernst	Osterode	13.06.1932
Petering	Rolf	Osnabrück	14.06.1932
Raabe	Christa	Osterode	15.06.1932
Vennekamp	Albert	Lingen	23.06.1932
Schuppe	Lucie-Lotte	Wolfenbüttel	09.08.1932
Bockisch	Herbert	Braunschweig II	21.08.1932
Rüger	Fritz-Jürgen	Peine	02.09.1932

80 Jahre

Bantje	Werner	Alfeld	17.04.1927
Bellin	Christoph	Gifhorn II	17.04.1927
Wiarda	Dr. Hermann	Leer	22.04.1927
Flerlage	Josef	Cloppenburg	02.05.1927
Hüllemann	Ursula	Osnabrück	11.07.1927
Fleischer	Herbert	Göttingen	09.08.1927
Kendelbacher	Ulrich	Wolfsburg	19.09.1927
Traeger	Walburga	Rinteln	25.09.1927

Älter als 80 Jahre

Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
Körner	Walter	Alfeld	18.04.1919
Willeke	Werner	Hannover 3	04.04.1920
Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Scherrinsky	Ingeborg	Stade	18.04.1922
Müller-Weide	Anne-Dore	Oldenburg	16.04.1923
Hömmen	Hermann	Cloppenburg	25.04.1923
Witte	Gisela	Peine	26.04.1924
Schmied	Willi	Winsen-Luhe	07.04.1925
Schmidt	Jürgen	Hannover ME	12.04.1926
Rückner	Anneliese	Hildesh. Marienb.	05.05.1910
Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Isensee	Adolf	Osnabrück	24.05.1921
Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Eggeling	Lisa	Salzgitter	02.05.1922
Wessig	Josef	Salzgitter	28.05.1922
Möhle	Irmtraut	Syke	21.05.1925
Terveer	Franz	Aurich	02.06.1915
Schmidt	Ernst-Ulrich	Hildesheim Stadt	10.06.1915
Krause	Werner	Varel	07.06.1921
Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923
Siart	Sigmund	Hameln	19.06.1925

Wir gratulieren

Benedikt Siefer	Annemarie Günter	Oldenburg Cuxhaven	30.07.1910 29.07.1913
Klemann Bliefert	Willi Fritz	Nienburg Stadthagen	16.07.1916 18.07.1920
Ladwig Benecke	Reinhold Margrit	Braunschweig II Osnabrück	17.07.1921 09.07.1926
Zocher Pullwer	Waldemar Eberhard	Hildesheim Stadt Delmenhorst	11.07.1926 14.07.1926
Leerhoff Schaeede	Heiko Klaus	Ammerland Einzelmitglied	18.07.1926 20.07.1926
Tornscheidt Goeldner	Gisela Marianne	Wolfenbüttel Seesen	29.07.1926 21.08.1911
Wiemeyer Weber	Julius Hans-Joachim	Nordhorn Lüneburg	03.08.1915 05.08.1918
Langhagel Schäfer	Karl-Heinz Helmut	Celle Stadthagen	26.08.1919 26.08.1921
Just Adam	Johannes Charlotte	Lüneburg Hildesh. Marienb.	07.08.1925 27.08.1925
Seiffert Zischkale	Gerhard Manfred	Hildesheim Stadt Springe	01.08.1926 28.08.1926
Brummermann Carganico	Heinrich Ilse	Einzelmitglied Verden	28.09.1924 07.09.1925
Matz Eilers	Erich Erich	Aurich Varel	11.09.1925 26.09.1925
Waldmann Bremer	Wilhelm Alfred	Osterode Peine	12.09.1926 13.09.1926

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Hilde Jungermann	* 13.12.1922	† 01.01.2007
Bezirk Braunschweig-Nord		Ortsverband Goslar
Friedrich Gerke	* 27.12.1927	† 12.01.2007
Bezirk Hannover		Ortsverband Diepholz-Sulingen
Heinz Suhr	* 17.01.1928	† 01.02.2007
Bezirk Oldenburg		Ortsverband Wildeshausen
Frank Allner	* 06.01.1943	† 02.02.2007
Bezirk Braunschweig-Nord		Ortsverband Helmstedt
Lisa Eggeling	* 02.05.1922	† 29.03.2007
Bezirk Braunschweig-Nord		Ortsverband Salzgitter
Ingeborg Lemme	* 19.04.1911	† 01.04.2007
Bezirk Oldenburg		Ortsverband Varel
Hans Hübner	* 03.10.1930	† 15.04.2007
Bezirk Hannover		Ortsverband Hannover 2

**Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe:**

01.10.2007

An den BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN BERUFLICHEN SCHULEN

Landesverband Niedersachsen e.V.

Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover

Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name	Vorname
Geburtsdatum	Bezirksverband
Ortsverband	Dienststelle/Schule
Straße	PLZ/Wohnort
Tel./Fax	Eintritt Schuldienst
Amtsbezeichnung	Besoldungs-/Vergütungsgruppe
Berufsfeld	Unterrichts-Fächer
Konto-Nummer	BLZ
Bankverbindung	

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)

zum _____ .

Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____

Perspektive, Teamwork und Erfolg

McDonald's – einer der ganz großen Ausbilder



Drei Dinge sind es, die den großen Traum vieler Jugendlicher heute

in Erfüllung gehen lassen: Eine Lehrstelle mit Aussicht auf spätere Übernahme, einen Freundeskreis und ein Auto. Und dann geht's unter der Woche gemeinsam mit Freunden an den Drive - In - Schalter zu McDonald's, während im Radio die beliebtesten Songs laufen. Das ist Kult und zugleich Ausdruck eines positiven Zeit- und Lebensgefühls.



Des Plaines, Illinois, USA: Hier begann in den 50er Jahren die einzigartige Unternehmensgeschichte. Ray Kroc erwarb die Rechte für die Marke und legte den Grundstock für den legendären Erfolg von McDonald's. In Deutschland begann die McDonald's Geschichte mit der Eröffnung des ersten Restaurants im Jahre 1971 in München. Heute ist McDonald's mit mehr als 1270 Restaurants und täglich rund 2,3 Millionen Gästen hierzulande der Marktführer.

Zum Selbstverständnis des Traditionshauses gehört seit jeher auch die Ausbildung. Im vergangenen Jahr haben über 200 Auszubildende erfolgreich ihre Prüfung abgeschlossen. Nahezu alle Absolventen konnten in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden - mit sehr guten Aufstiegschancen. Und so stehen derzeit 1680 Auszubildende bundesweit bei McDonald's im Arbeitsleben. Die meisten von ihnen werden als „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“ ausgebildet – ein neuer und zugleich attraktiver Beruf mit vielseitigen kaufmännischen Anforderungen. Hier gilt es, den Personaleinsatz zu planen, Kostenkontrollen durchzuführen, Arbeitsabläufe zu organisieren etc. Aber auch zum Fachinformatiker – Fachrichtung Systemintegration – und zum Kaufmann/ Kauffrau der Bürokommunikation bildet McDonald's nicht nur in seinem Haupt-Service-Center in München, sondern bundesweit in allen Service-Centern aus. Zusätzlich zur praktischen Ausbildung und den Unterweisungen in der Ausbildungsstätte werden überbetriebliche Schulungen in den Regionalen Servicecentern von McDonald's Deutschland und in den Hauptservice-Centern durchgeführt.

Franchise-Karriere nach Lehrplan. Seit jeher gilt: Nur gut geschulte Partner bringen eine Geschäftsidee kontinuierlich voran. So versorgt McDonald's seine Geschäftspartner nicht nur mit weiterentwickelten Rezepten für vitaminreiche Salate und Bio-milchgetränke, sondern liefert ebenfalls das passende Ambiente, die Qualitätsüberwachung sowie das komplette Know-how mit.

Nach dem Prinzip der 1961 in Illinois eröffneten „Hamburger University“ bietet McDonald's auch hierzulande seinen Führungskräften, Franchise-Nehmern und Mitarbeitern „akademische Lehrstunden“ an. Über 90 Kurse umfasst das aktuelle „Vorlesungsverzeichnis“ der Münchener „MCD - Hochschule“ - großzügig ausgestattet mit Auditorium, Labor- und Arbeitsräumen auf 1800 Quadratmetern.

Wenn da nicht ein Studiengang „Franchising“ in greifbare Nähe rückt.

In guten Händen (v.l.): Lydia Weinhold, Dominik Greim, Aygül Caliskan (Azubis) mit ihrer Restaurantleiterin Gretlis Kluge in Wilhelmshaven

Foto: fsu

